Montag, 3. Dezember 1984 - D ★★★

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 283 - 49.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage: Der Spionagefall Rotsch ist offenbar schwerwiegender, als bislang öffentlich bekannt wurde. Rotsch hatte Zugang zu allen wesentlichen Zukunftsentwicklungen in der Waffentechnik beim Münchner MBB-Konzern. (S. 8)

Australien: Die Labor-Partei von Premier Robert Hawke hat die Parlamentswahlen gewonnen, mußte jedoch einen Stimmenverlust von 1,6 Prozent hinnehmen.

Tamilen: Der Konflikt zwischen Separatisten der tamilischen Minderheit in Sri Lanka und den Singhalesen hat sich verschärft. Am Wochenende starben mindestens 200 Menschen. (S. 5)

Neukaledonien: Paris hat einen Hochkommissar für Neukaledonien ernannt, der Vorschläge für das Selbstbestimmungsrecht der 140 000 Bewohner unterbreiten soll. Am Wochenende war die Pazifik-Kolonie von separatistischen Kanaken für unabhängig erklärt worden. (S. 5)

Schritt zur Demokratie: Die Monarchie Saudi-Arabien soll nach Angaben von König Fahd ein Parlament und eine geschriebene Verfassung erhalten. In einer ersten Stufe soll in Kürze eine Beratende Versammlung gebildet werden, deren Mitglieder zunächst einmal ernannt werden.

Südafrika: Bei Parlamentsnachwahlen mußten Präsident Botha und seine Nationale Partei einen empfindlichen Rückschlag hinnehmen. (S. 5)

Papst-Reise: Der Vatikan hat bestätigt, daß Johannes Paul II. zu Beginn des neuen Jahres Venezuela, Ecuador, Peru sowie Trinidad und Tobago besuchen wird.

Medien: Mehr als 50 000 Haushalte in der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich waren nach ZDF-Angaben am Wochenende dabei, als das Satellitenfernsehen 3SAT vorgestellt wurde.

Heute: EG-Gipfel in Dublin. – Wahlen auf Grenada.

WELT-Serie „Sieg der Sterne"

In den Laboratorien der beiden mächtigsten Staaten der Erde tobt der größte technologische Wettstreit der Geschichte. Es geht um die lichtgeschwinden Strahlenwaffen zur Abwehr interkontinentaler Raketen und damit der nuklearen Bedrohung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts soll das Projekt von den Vereinigten Staaten mit Milliarden-Aufwand verwirklicht sein. Seite 6

WIRTSCHAFT

Entwicklungshilfe: Im Vorfeld der heute in Paris beginnenden OECD-Tagung über Entwicklungshilfe haben die USA Bonn aufgefordert, die Mischfinanzierung (Mischung von Entwicklungshilfe mit kommerziellen Krediten) einzuschränken. (S. 9)

Konjunktur: Die weltwirtschaftliche Lage in diesem Herbst ist insgesamt weiterhin zufriedenstellend. Das ist das Fazit einer Umfrage des Münchner Ifo-Instituts bei 500 Wirtschaftsexperten. (S. 9)

Ost-West-Handel: Die Exporte der östlichen Länder (ohne UdSSR) in den Westen stiegen mengenmäßig im ersten Halbjahr um 17 Prozent, die der UdSSR um zwei Prozent. Die Einfuhren erhöhten sich um nur drei Prozent; die UdSSR verringerte ihre Importe um neun Prozent.

Börsen: Auch 1984 dürfte ein Jahr für Aktionäre werden. Nach Berechnungen der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz haben die Kurse bisher um zehn Prozent zugelegt. (S. 10)

ZITAT DES TAGES



» Zum Kernbestand liberaler Politik gehört die Verteidigung von Individualität und die Garantie dafür, daß man sich in einem gesellschaftlichen und politischen System befindet, das offen bleibt, das entwicklungsfähig ist «

Martin Bangemann, Bundeswirtschaftsminister und designierter FDP-Vorsitzender, in einem WELT-Gespräch FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Im Exil: Der frühere Chefdirigent des Sinfonieorchesters des polnischen Rundfunks, Jacek Kasprzyk, hat aus politischen Gründen beschlossen, vorerst nicht mehr nach Polen zurückzukehren. Kasprzyk, der jahrelang an der Düsseldorfer Oper tätig war, lebt derzeit in London. (S. 17)

Henze: In Berlin wurde die 7. Sinfonie von Hans Werner Henze, ein Auftragswerk des Philharmonischen Orchesters, unter Dirigent Gianluigi Gelmetti uraufgeführt. Die 7. Sinfonie ist ein Meisterstück der Instrumentierungskunst, das tiefe Betroffenheit hinterläßt. (S. 17)

SPORT

Weyer: Der Sportbund-Präsident hat den Staatsamateur westlicher Prägung gefordert. Demnach sollen künftig deutsche Spitzensportler beim Verband angestellt werden und ein entsprechendes Salär erhalten. (S. 16)

Ski alpin: Der für Luxemburg startende Österreicher Marc Girardelli gewann in Sestriere (Italien) den ersten Weltcup-Slalom der Saison. Der deutsche Rennläufer Florian Beck belegte den achten Platz. (S. 15)

AUS ALLER WELT

Gran Sasso: Nach 16jährigen Bauarbeiten rollt seit dem Wochenende der Verkehr durch den längsten Straßentunnel Europas unter dem Alpenmassiv des Gran Sasso d'Italia. Er verbindet die Hauptstadt der Region Abruzzen, L'Aquila, mit der Küste der Adria. (S. 18)

Crash-Test: Ein 20-Millionen-Dollar-Test der Nasa schlug fehl. Eine Boeing 720, die mittels eines kerosinentschärfenden Zusatzes zu einer Bruchlandung ohne Feuerentwicklung aufsetzen sollte, ging in Flammen auf. (S. 18)

Wetter: Neblig trüb. Bis 8 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Bangemann: Die Koalition ist über 1987 hinaus angelegt

WELT-Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister / Rundreise zu FDP-Verbänden

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat klargestellt, daß es bei seiner Kandidatur um den FDP-Vorsitz auf dem Parteitag in Saarbrücken bleibt. Zur Zeit sei er in einer „Art von Rundreise" dabei, mit den einzelnen Landesverbänden „noch einmal über die wesentlichen Probleme" der Partei zu sprechen, sagte Bangemann in einem Gespräch mit der WELT. Auf Gerüchte angesprochen, Hans-Dietrich Genscher wolle seinen Verzicht auf den Parteivorsitz rückgängig machen und somit sein „eigener Nachfolger" werden, antwortete Bangemann: „Ich weiß nicht, woher solche Gerüchte Nahrung beziehen. Jedenfalls haben sie keinerlei sachlichen Hintergrund." Er habe von vornherein gemeinsam mit Genscher die Überlegung einer Kandidatur angestellt, und dieser habe dann wiederholt mit den Landesverbänden darüber gesprochen.

Lobend äußerte sich Bangemann über die Zusammenarbeit in der Koalition mit den Unionsparteien, die er als „sehr gut" bezeichnete, auch wenn dies durch „vordergründige Diskussionen von Zeit zu Zeit verdeckt wird". Aber schwierige Fragen – wie jetzt, ob ein Ersatz für die Zwangsanleihe gefunden werden müsse – brauchten Zeit der Diskussion. „Man kann in einer solchen Frage nicht binnen zwei Stunden eine Einigung erreichen." Was die Debatte über Opfer für „Besserverdienende" angehe, sagte Bangemann, er sehe die „soziale Symmetrie nicht verletzt", aber er wolle den Unionspolitikern keine falschen Argumente unterstellen. Wenn es aber um die Herstellung der sozialen Symmetrie gehen solle, „dann sehe ich nicht ein, warum das dadurch geschehen soll, daß man den sogenannten Besserverdienenden etwas wegnimmt. Nach meiner Meinung ist es doch viel sinnvoller, dann den unteren Einkommensgruppen etwas zu geben. Ich habe das eine Bonus-Lösung genannt."

Auf die Frage, ob sich dieser Vorschlag als mehrheitsfähig in der Koalition erweisen werde, antwortete Bangemann: „Ich habe den Eindruck, daß dieser Denkansatz mehr Freunde gewinnt, auch bei der CDU/CSU, und ich glaube, daß wir im Laufe der nächsten Woche sicherlich eine ähnliche Lösung erreichen werden."

Die Koalition mit der Union ist aus seiner Sicht über das Jahr 1987 hinaus angelegt, sagte Bangemann. Die zu bewältigenden Aufgaben reichten über die nächste Bundestagswahl hinaus. Er wolle nicht, wie es Maihofer im Hinblick auf die sozial-liberale Koalition getan habe, von einem „historischen Bündnis" sprechen. Bangemann: „Man kann es eher umgekehrt sagen: Das ist ein Bündnis, das Zukunft garantiert. Dazu sehe ich in den nächsten Jahren keine Alternative."

Alle Koalitionsparteien, die CDU, die CSU und die FDP, seien sich bewußt, „daß sie aufeinander angewiesen sind". Es gelte, Angriffe gegen das System der Marktwirtschaft, das immer auch zugleich Freiheit bedeute, abzuwehren. „Wir werden diesen Angriff nur abwehren können, wenn wir zusammenstehen." Die Wirtschaftspolitik, so betonte Bangemann, habe heute eine ganz andere Bedeutung gewonnen. „Es geht ja

● Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Katastropheten

PETER GILLIES

Warum so verdrießlich, Deutschland? fragt das angesehene britische Magazin „The Economist" in seinem jüngsten Titel. Ein neues Bild des Deutschen erobert die internationale Szene: der Trübsal ergeben, von Ängsten allerlei Art geschüttelt. Herr Düstermann, der einst mit dem Wirtschaftswunder brillierte, schaut übellaunig aus, trägt stets Migräne, der Frohsinn scheint bei ihm rezeptpflichtig zu sein.

Why so glum, Germany? ist jedoch der Stoßseufzer von Chronisten, die das Mediale für die Wirklichkeit nehmen. Wer am ersten Adventssamstag durch die Straßen ging, das vorweihnachtliche Treiben und das Rennen um Wünsche und Geschenke sah, muß die über uns verbreitete Trübsinnigkeit für eine Erfindung halten. Gewiß sind Umsatzrekorde im Weihnachtsgeschäft nicht unbedingt ein Indiz für Lebensfreude. Aber wer schon morgen den atomaren Erstschlag, Dioxin in der Milch und Krebs im Tee fürchtet, findet schwerlich Zugang zu vorweihnachtlichen Konsumfreuden.

Nein, die Trostlosigkeit haben die Deutschen für die mediale Erbauung anderer reserviert. Sie ist ein in Sterilen eingeschlagener öffentlicher Vorgang. Morgens beim Frühstück bekommt man seinen Formalin-Horror serviert, abends zur Erholung seine erschröckliche Apokalypse. Beides schmückt – trotz des Widerwillens gegen das Oberlehrerhafte – den Tag. Privatim weiß man natürlich, daß sich das Leben ungeachtet des chemischen Horrors stetig verlängert und daß friedensbewahrende Sicherheitspolitik Preis wie Gleichgewicht benötigt.

Wer den Blick von seinem Nabel erhebt und auf diesen Globus richtet, wird unschwer feststellen, daß viele Völker und Millionen von Menschen wirklichen Anlaß zur Klage hätten. Das Glück der Deutschen, das sie unter der Tarnkappe öffentlich verlautbarter Verdrießlichkeit genießen, wird von dort herausgefordert, nicht von den heimischen Katastrophen.

Demoskopisch stabil ist seit langem ein gespaltenes Lebensgefühl: Jedermann hält seine eigene Lage für gut bis befriedigend, die allgemeine jedoch für düster. So genießen auch die Deutschen ihr privates Glück und geben dem Rest der Welt Denkstoff. Vielleicht weiden sie sich gar an den Reden der vielen würdentragenden Katastropheten, die vom Bildschirm tropfen. Einzige Gefahr dabei wäre, daß auf Dauer das verlautbarte auf das wirkliche Befinden abfärbte. Aber damit ist wohl nicht zu rechnen – in dieser Vorweihnachtszeit weniger denn je.

Wieder Priester in Polen überfallen

Hilft Moskau Popieluszkos Mördern? / Glemp fordert Zurückhaltung in Predigten

DW. Warschau

Vielen Polen ist am Wochenende der Hintersinn der Worte von Parteichef General Jaruzelski, daß man die ganze Wahrheit im Mordfall Popieluszko möglicherweise nie erfahren werde, erst richtig aufgegangen. Der Tod der beiden mit der Ermittlung betrauten hohen Sicherheitsbeamten bei einem, so die offizielle Version, Verkehrsunfall und die Meldung über Überfälle auf mindestens zwei weitere polnische Priester haben das Mißtrauen der Bevölkerung verstärkt. Haben die Männer, die am vergangenen Freitag in einem Auto des Innenministeriums ums Leben kamen, auf ihrer Dienstreise nach Krakau und Tarnow zuviel über die Hintermänner in Erfahrung gebracht? Kann es ein Zufall sein, daß ausgerechnet der Abteilungsleiter im Ermittlungsbüro des Innenministeriums, Oberst Stanislaw Trafalski, und sein Mitarbeiter jetzt nichts mehr sagen können?

Der Wagen der Beamten stieß rund 70 Kilometer südlich von Warschau auf der „Europastraße 7" um 6 Uhr früh frontal mit einem Lastauto zusammen, das nach Zeitungsberichten einem am Straßenrand stehenden Traktor fehlerhaft auswich. Der 22jährige Fahrer des Lasters wurde festgenommen. Der Wagen der Sicherheitsleute wurde zertrümmert.

In Polen haben „Verkehrsunfälle" eine bestimmte Bedeutung. Bereits im Dezember 1982 war in Kreisen der Kirche darauf hingewiesen worden, daß zum siebenten Mal durch ungeklärte Autounfälle Geistliche ums Leben kamen. Alle Getöteten, darunter der Danziger Weihbischof Kasimir Kluz, besaßen gute Kontakte zur Untergrund-„Solidarität". Kein Wunder, daß Meldungen über „Unfälle" auf Zweifel stoßen.

Auch der nach wochenlangem Warten von der Generalstaatsanwaltschaft veröffentlichte Bericht über das Obduktionsergebnis an der Leiche Popieluszkos läßt wichtige Fragen offen. Es ist darin zwar klargestellt, daß der Priester geschlagen und durch einen Knebel und einen Strick erstickt wurde, bevor die Sicherheitsbeamten ihn in den Stausee bei Wloclawek warfen. Doch geht nicht daraus hervor, wie lange der Körper im Wasser lag. Es fehlen auch genaue Angaben über die Folgen der Schläge.

Wie es heißt, treten die Verhafteten sehr selbstsicher auf. Dies könnte darauf schließen lassen, daß sie auf die Hilfe einflußreicher Freunde rechnen. Mit Besorgnis wird registriert, daß in Moskau noch immer kein Wort über die Verhaftung der Sicherheitsbeamten veröffentlicht wurde, ja daß auf Kreml-Weisung die Wahrheit unterschlagen werden soll. Beobachter sehen hier einen Zusammenhang mit den jüngsten Äußerungen Jaruzelskis. Der General hatte am vergangenen Mittwoch gesagt, wenn die drei Täter sich nicht noch entschlössen, in ihrem Gerichtsverfahren mehr zu sagen als bei den Ermittlungen, werde der Popieluszko-Mord wohl nie ganz aufgeklärt werden können.

Nach „Solidarität"-Angaben haben Unbekannte in der Nacht vom 19. zum 20. November den Pfarrer Kosciolko aus einem Ort bei Lublin überfallen und mißhandelt. Kosciolko bestätigte, daß sein Amtsbruder Ziomka vor etwa zwei Monaten Opfer eines ähnlichen Überfalls wurde. Primas Glemp hat alle Geistlichen zur politischen Zurückhaltung aufgefordert. Dem Pfarrer Stanislaw Malkowski hielt Glemp vor, in seinen Predigten „gegen den Geist des Evangeliums verstoßen" zu haben.

Grüne stellen Forderungen an Börner

dg. Lich

Die hessischen Grünen haben der SPD-Minderheitsregierung die Fortsetzung der Zusammenarbeit und koalitionsähnliche personelle Absprachen angeboten. In einem von der Mitgliederversammlung der Partei am Wochenende in Lich bei Gießen mit breiter Mehrheit verabschiedeten Beschluß machen sie dieses Angebot und auch die Zustimmung zum Landeshaushalt 1985 jedoch von mehreren Forderungen abhängig, die in erster Linie den Weiterbetrieb der Hanauer Nuklearfabriken Alkem und Nukem betreffen.

Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat in einer ersten Stellungnahme „Nachverhandlungen" mit der Ökopartei abgelehnt. Die SPD halte an der vereinbarten Politik fest. Es werde nunmehr „abzuwarten sein", ob die Grünen das dafür nötige „Geld mit beschließen".

In ihrem Licher Beschluß fordern die Grünen die Landesregierung auf, von einem Sofortvollzug für Nukem II abzusehen, der Plutoniumfabrik Alkem „im Rahmen ihrer politischen Zuständigkeit und ihres rechtlichen Ermessens die Genehmigung zu versagen", weiteren Genehmigungsanträgen von Brennelemente-Fabriken nicht zu entsprechen und darauf hinzuwirken, daß die Hanauer Atomfabriken ihre Produktion im Interesse der Erhaltung der Arbeitsplätze auf die Produktion „umwelt- und sozialverträglicher Güter" umstellen. Außerdem müsse die Landesregierung „organisatorische und personelle Veränderungen" vornehmen.

Seite 2: Ein grüner Pfad

Stoltenberg: FDP blockierte Abbau der Subventionen

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat den FDP-Vorschlag, Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen im Zuge der Steuerreform stärker als bisher vorgesehen zu entlasten, abgelehnt. Bevor sich die Koalition in dieser Woche weiter um eine Ersatzlösung für die verfassungswidrige Zwangsanleihe bemüht, erklärte er gestern in den „Bonner Perspektiven" des ZDF: „Wir haben keinen Spielraum für weitere Steuererleichterungen; der festgesetzte Rahmen über 20 Milliarden bleibt."

Die FDP hatte in der vergangenen Woche einen „Bonus für Schlechterverdienende" statt des von CDU-Politikern geforderten „Malus für Besserverdienende" ins Gespräch gebracht, um die koalitionsinterne Diskussion, die nach dem Karlsruher Urteil über die Nichtigkeit der Zwangsanleihe entbrannt war, zu entschärfen. Die Verringerung von Steuervergünstigungen für höhere Einkommensgruppen werde nach wie vor erörtert, bestätigte der Minister. Zugleich gab er der FDP-Führung die Schuld dafür, daß die Koalition beim Subventionsabbau keine deutlicheren Erfolge aufzuweisen hat: „Meine Vorschläge zum Abbau von Steuersubventionen wurden vor der Sommerpause nicht übernommen, weil es der Führung des Koalitionspartners an der Bereitschaft dazu fehlte." Er kündigte das Auslaufen befristeter Fördermaßnahmen an und nannte „als ein wichtiges Beispiel" die Förderung der deutschen Mineralölwirtschaft bei der Erschließung von Erdölvorkommen im Ausland.

Weihnachtsgeschäft „zufriedenstellend"

DW. Bonn

Die Deutschen sind in diesem Jahr offenbar bereit, zu Weihnachten wieder tief in die Tasche zu langen. Der erste verkaufsoffene Samstag vor Weihnachten hat Käufer und Verkäufer im gesamten Bundesgebiet zufriedengestellt. Bei meist winterlich klarem Wetter strömten die Käuferscharen in die Einkaufsviertel. In vielen Innenstädten drängten sich die Menschen schon am Vormittag durch die Straßen. In Kaufhäusern und Einzelhandelsgeschäften scharten sich die Interessenten um Heimcomputer, elektronisches Spielzeug und Schmuck. Die gute alte Puppe bleibt jedoch bei den Spielwaren der Schlager. Auch die „Kuscheltiere" erfreuen sich großer Beliebtheit.

Die „Renner" bei den Textilien waren, wie Umfragen ergaben, Party-Kleidung, hochmodische Artikel für Jugendliche und Strickwaren.

Seite 9: Einzelhandel

Wieder blieben 51 Polen an Land

DW. Hamburg

Am Wochenende haben wieder 51 Polen eine Fahrt mit dem Fährschiff „Rogalin" zum Bleiben im Westen genutzt, bestätigte gestern das Grenzschutzamt in Flensburg. Die Polen kehrten in Lübeck-Travemünde nicht an Bord des Schiffes zurück, das nach Kopenhagen weiterfuhr. Erst am 16. November waren 93 der rund 400 Passagiere nicht auf die „Rogalin" zurückgekehrt. Auch in der Zwischenzeit hatten immer wieder kleinere Gruppen diesen Weg gewählt. Damit sind allein in Lübeck-Travemünde in diesem Jahr mehr als 800 Polen nach Landgängen nicht wieder an Bord gegangen. Aufsehen erregte auch die Flucht von 192 Polen, die am 19. November mit dem Kreuzfahrtschiff „Stefan Batory" nach Hamburg gekommen waren. Einige von ihnen stellten in der Hansestadt Asylanträge und nannten politische Motive für ihre Flucht.

Streikkasse bleibt eingezogen

DW. London

Die britische Bergarbeitergewerkschaft NUM hat eine Berufungsverhandlung gegen die einstweilige Einziehung ihres Vermögens in Höhe von 33 Millionen Mark verloren. Damit hat NUM praktisch keine Mittel mehr für den seit 38 Wochen dauernden Streik gegen die Pläne der Kohle-Behörde zur Schließung unrentabler Zechen. Das Vermögen muß nun dem Gerichtsvollzieher überantwortet werden. Es war beschlagnahmt worden, nachdem die Gewerkschaft eine Geldbuße von 740 000 Mark wegen Mißachtung des Gerichtsurteils, daß der Streik illegal sei, nicht bezahlt hatte. Zwei Bergarbeiter sind unter dem Verdacht der Ermordung eines Taxifahrers in Untersuchungshaft genommen worden. Durch zunehmende Gewaltanwendung sieht sich Gewerkschaftsführer Scargill wachsenden Problemen gegenüber.

Seite 2: Eskalation der Gewalt

Schäuble bringt Mauer-Mord zur Sprache

Innerdeutsches Verhältnis belastet / Alliierte, Diepgen und Bonner Regierung protestieren

H.-R. KARUTZ, Berlin

Sechs Tage vor dem ersten hochrangigen Kontakt zwischen Bonn und Ost-Berlin nach der Honecker-Absage belastet die „DDR" durch einen Flüchtlingsmord an der Berliner Mauer das innerdeutsche Verhältnis. Bundesminister Wolfgang Schäuble kündigte an, er werde bei seinem Zusammentreffen mit „DDR"-Außenminister Fischer und Politbüromitglied Häber am kommenden Donnerstag den Vorfall zur Sprache bringen. Bei dem Zwischenfall war ein junger Mann bei einem nächtlichen Fluchtversuch über die Mauer von „DDR"-Grenzposten durch gezielte Schüsse offenbar getötet worden.

Der Vorgang wiegt um so schwerer, als die Bundesregierung noch am Tage zuvor mit Genugtuung den Abbau von 55 000 Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Grenze registriert hatte. Zugleich hatte Regierungssprecher Jürgen Sudhoff gefordert, auch den Schießbefehl aufzuheben und „jede Form von Gewalt" an der Grenze einzustellen.

Der schwerwiegende Vorfall spielte sich in der Nacht zum Samstag an der Grenze zum französischen Sektor an einem S-Bahndamm im Wedding ab. Im SFB-Fernsehen berichtete ein Anwohner: „Es war etwa viertel nach drei Uhr, als ich erst einen einzelnen Schuß, dann, nach etwa zehn Sekunden Pause, einen weiteren und danach 20 bis 30 Feuerstöße hörte." Er alarmierte die Westberliner Polizei. „DDR"-Grenzposten hatten inzwischen das Gelände mit Scheinwerfern abgeleuchtet. Knapp eine Stunde, nachdem die Schüsse gefallen waren, transportierten sie die Leiche des Flüchtlings ab. „Er lag auf der Pritsche eines Lastwagens unter einer Plane. Ein Arm baumelte leblos herab", sagte ein Polizeisprecher.

In Bonn erklärte Kanzleramtsminister Schäuble der WELT am SONNTAG: „Es kann nicht wahr sein, daß auf Menschen, die von einem Teil einer Stadt in den anderen Teil wollen oder von einem Teil Deutschlands in den anderen, geschossen wird und daß sie ihr Leben lassen müssen. Das ist ein völlig unnatürlicher Zustand, den wir niemals hinnehmen können."

Der französische Stadtkommandant General Olivier de Gabory äußerte auch im Namen der britischen und amerikanischen Stadtkommandanten seine Empörung über den Mord und sprach von „brutaler Gewalt". Regierungssprecher Boenisch protestierte namens der Bundesregierung „auf das schärfste". Der Regierende Bürgermeister Diepgen forderte Ost-Berlin auf, endlich den Schießbefehl aufzuheben.

Seite 2: Es ist leider wahr
Seite 3: Wie war das?


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Grüne Folter für Börner

Von Dankwart Guratzsch

Hessens Grüne halten an ihrem Bruch mit Holger Börner fest, schlagen aber die Tür nicht wirklich zu. Im Gegenteil: Versteckt machen sie eine Fülle neuer Angebote, die freilich mit neuen Bedingungen verknüpft sind.

Das Erstaunliche daran: Die grünen Landtagsabgeordneten und an ihrer Spitze Karl Kerschgens, der „Vater" der „realpolitischen" Zusammenarbeit mit der SPD, fanden für diesen stark taktisch motivierten Kurs am Wochenende in Lich breiten Rückhalt bei der eigenen Partei. Noch nie, seit die Grünen ihr Bündnis mit Börner eingegangen sind, war ihre Geschlossenheit so groß wie heute.

Um so größer ist die Gefahr für Börner, der die alten Gegensätze in der SPD, die er in den fünf Monaten der Zusammenarbeit mit den Grünen verheilt glaubte, wieder aufbrechen sieht. Aus dem „linken" SPD-Bezirk Südhessen und von den Jusos kamen bereits zahlreiche Signale, daß der hessische Regierungschef seine Zusammenarbeit mit der Ökopartei fortsetzen solle. Immer wiederkehrendes Argument dabei: Die hessische SPD-Führung brauche sich doch nur an Sinn und Buchstaben der Essener Bundesparteitagsbeschlüsse zu halten, in denen die Abkehr von der Atomenergie „Konsens" gewesen sei.

Genau das ist auch das Kalkül der hessischen Grünen, für die Karl Kerschgens in Lich hintersinnig fragte, wonach sich Börners Wirtschaftsminister Ulrich Steger beim Genehmigungsverfahren für die Nuklearfirmen Nukem und Alkem denn nun eigentlich richte – „nach Herrn Zimmermann oder nach den Parteitagsbeschlüssen der SPD"?

Die Grünen verlangen von Börner „Konfliktfähigkeit" gegenüber Bonn auch in der Atomfrage – also einen Konfrontationskurs, wie er ihn bereits auf grünen Druck hin in der Ausländerpolitik, beim Personalvertretungsgesetz und bei der Müllentsorgung steuert. Sie bieten ihm dafür versteckt die – mindestens partielle – Übernahme von Verantwortung in der Form direkter oder indirekter Koalitionen an.

Börners rasche Antwort mit dem Tenor „Keine Nachverhandlungen!" zeigt, daß er die Gefahr erkannt hat. Das ist aber, wie die jüngere Geschichte bewiesen hat, keineswegs eine Gewähr dafür, daß der SPD-Landesvorsitzende nicht noch umkippt. Die Erosion einst für unerschütterlich gehaltener Positionen in der hessischen SPD geht weiter.

Ein Brief von Castro

Von Klaus Blume

Es war 1968, als die Amerikaner die erste Mondlandung feierten, aber die Baseball-Weltmeisterschaft an Kuba verloren. Damals rief Fidel Castro aus: „Den Mond können die Amerikaner erobern, aber Baseballspielen haben sie immer noch nicht gelernt." Ein Spruch, ein Programm – denn der Sport ist Kubas eigentlicher Exportschlager.

Deshalb hat man auch noch am Olympia-Boykott von Los Angeles zu kauen. Deshalb hat das NOK von Havana unlängst in Mexiko noch erklärt, man würde auf keinen Fall Moskau folgen, die Spiele 1988 in Seoul zu boykottieren.

Aber was will man machen, wenn man von dem großen Bruder in Moskau so abhängig ist wie Kuba? So schrieb denn Castro einen Brief an IOC-Präsident Samaranch: Die Olympischen Spiele 1988 sollen gleichermaßen in Nord- und Südkorea stattfinden. Alle Kommunistenstaaten und die Länder der Dritten Welt seien sich der US-Militärpräsenz und der ungenügenden Wahrung der Menschenrechte in Südkorea bewußt.

Im Grunde richtet sich die Epistel hauptsächlich gegen die widerspenstige „DDR", die offiziell erklärt hat, in Seoul zu starten. Das Sport-Wunder Kuba ist nur mit dem Know-how der „DDR" und den Rubeln aus Moskau möglich geworden. Und Kuba zahlt fleißig ab, mit militärischen Einsätzen in Afrika oder Mittelamerika.

Wenn Moskau die finanzielle Unterstützung abzieht, gibt es den Export-Schlager kubanischer Sport nicht mehr. Die Kubaner haben sich um die Panamerikanischen Spiele 1987 beworben, als Chile ausgebootet wurde und Ecuador aus finanziellen Gründen nicht einspringen konnte. Doch ausgerechnet der Erzfeind lief Havana den Rang ab: Die Spiele finden in Indianapolis statt. Etwas eigenständiges will Havana 1986 mit den Ibero-amerikanischen Meisterschaften inszenieren, doch es werden wohl Rumpfspiele – wenn Moskau es verlangt.

Samaranch hat den kubanischen Vorschlag verworfen. Ein Glück für Havana. Sonst müßten gemäß dieser Vorlage eventuelle Olympische Spiele in Kuba gleichzeitig auch in Miami ausgetragen werden. Dort nämlich lebt heute in großen Massen das nichtkommunistische Kuba.

Besonders Arges

Von Enno v. Loewenstern

Wahrscheinlich darf man der „Iswestija" nicht böse sein. Das Moskauer Blatt wittert in jedem kritischen Journalisten einen BND-Agenten, der kein Visum kriegen darf.

Immerhin erhält sie Zuspruch vom deutschsprachigen Nachwuchs. Soeben instruierte der verflossene Chefredakteur einer Zeitschrift, die jahrelang von der SED per Geldkoffer ausgehalten wurde, Kollegen von der „Deutschen Journalisten Union", daß „zahlreiche Redakteure von bundesdeutschen Medien aller Couleur und bestem liberalen Ruf" in den „Gehaltslisten des Bundesnachrichtendienstes als Agenten gebucht" würden. Er habe da eine Liste zu Hause, direkt von Ehmke. Wer kann da noch zweifeln? „Namen wurden des öfteren in den Raum gerufen. Besonders Arges verbreitete man am Abend über das Auslandsressort eines Nachrichtenmagazins." So das Szenenblatt „taz".

Im Kommunismus freilich ist jeder Journalist von Amts wegen beim KGB. Es ehrt uns, daß man uns zutraut, so effizient zu arbeiten wie das Friedenslager. Nur schweren Herzens rückt man einige Irrtümer zurecht.

Unsere Friedenskämpfer beiderseits des Eisernen Vorhangs trauen justament denjenigen Journalisten die BND-Gehaltsliste zu, die kritische Kommentare über den Kommunismus schreiben. Aber das können die auch aus eigener Einsicht für ihr normales Gehalt; da braucht kein Verleger amtliche Zuschüsse. Das würde auch der Rechnungshof mißbilligen.

Und wenn diese Journalisten tatsächlich Beobachtungen in östlichen Ländern machen, die den Regimen peinlich sind und mithin nach dortiger Rechtslehre den Tatbestand der Spionage verwirklichen, so werden sie diese in der Tagespresse mitteilen, denn das ist ihre Aufgabe. Der BND wiederum kann sie besagter Tagespresse entnehmen. Kostenlos. Auch da würde der Rechnungshof eine zusätzliche Bezahlung mißbilligen.

Aber was weiß man in Moskau vom Rechnungshof? Dort heißt das Kontrollkommission und ist gegenüber dem KGB sehr aufgeschlossen.

„Wer selber schießt, braucht keine Automaten!" KLAUS BÖHLE

Es ist leider wahr

Von Enno v. Loewenstern

Am Freitag erklärte der zweite Sprecher der Bundesregierung, sie „begrüße" den Abbau der Selbstschußanlagen durch die „DDR" als „Schritt zu mehr Menschlichkeit". Am Wochenende erklärte der erste Sprecher der Bundesregierung, sie verurteile den Vorfall „auf das schärfste". Der Vorfall: an der Berliner Mauer wurde wieder einmal ein Mann erschossen, der, wie der erste Regierungssprecher richtig sagte, sein „Recht auf Freizügigkeit ausüben" wollte.

Sein Recht auf Freizügigkeit. Ginge es nach der Bonner Opposition, so hätte die Bundesregierung längst eine eigene „DDR-Staatsangehörigkeit" anerkennen müssen. Dann hätten wir also den Menschen drüben das Recht auf Freizügigkeit feierlich aberkannt. Die Menschen würden deswegen genau so aus der Unfreiheit zu fliehen suchen, die Schüsse fielen genau so, die Toten wären genau so tot. Aber wir hätten uns zu fragen, ob wir die Mörder durch „Anerkennung" ermutigten; wieviel Mitschuld wir an den Morden trügen.

Wir müssen uns ohnehin schon fragen, um wieviel gezielter mancher östliche Grenzwächter schießen mag, weil er auf die heftigen Forderungen so vieler westdeutscher Politiker baut, die Erfassungsstelle Salzgitter abzuschaffen. Honecker ist mit seinen Grenztruppen ohnehin zufrieden; gerade hat er ihnen wieder bescheinigt, ihren Klassenauftrag zum Schutz der Grenzen „vorbildlich erfüllt" und die „Provokationen der Feinde des Friedens und des Sozialismus gegen unsere Staatsgrenze besonnen, standhaft und entschlossen vereitelt" zu haben.

„Es kann nicht wahr sein", rief dazu der neue Kanzleramtsminister Schäuble aus, „daß auf Menschen, die von einem Teil einer Stadt in den anderen Teil wollen, oder von einem Teil Deutschlands in den anderen, gezielt geschossen wird und daß sie ihr Leben lassen müssen." Und ob es wahr sein kann. Seit dem Mauerbau 1961 gab es nach Angaben der „Arbeitsgemeinschaft 13. August" an der innerdeutschen Demarkationslinie 183 Tote, 72 davon allein in Berlin. Es wird noch mehr Tote geben. Rund fünfhunderttausend Menschen haben Ausreiseanträge gestellt und nehmen Schikanen und auch Strafen auf sich, weil sie das Leben in der von Gaus so niedlich beschriebenen „Nischen-Gesellschaft" nicht aushalten. Viele versuchen über die Botschaften zu fliehen, über die anderen Ostblockländer, oder eben, unter Lebensgefahr, direkt über Mauer und Stacheldraht. Wir wissen es und wir verdrängen es, weil wir – ja, das spontane Wort trifft schon den Kern – es nicht wahr haben wollen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in eine Politik verstrickt, die keine völkerrechtliche Anerkennung, aber so etwas wie ein anerkennendes, sagen wir ruhig auch: respektvolles Verhalten darstellt. Der große ostpolitische Aufbruch unter Brandt und Bahr ging von der Annahme aus, daß menschliche Erleichterungen erlangt werden könnten, wenn man nur die angeblich kaltkriegerische Haltung des „primitiven Antikommunismus" (Brandt) ablegte und das SED-Regime nicht in politische und moralische Bedrängnis brachte. Am Ende stand die Vision eines von uns subventionierten Kommunismus, der die „beiden deutschen Staaten" einander sozial so annäherte, daß es keinen Anlaß für „Wirtschaftsflüchtlinge" mehr geben würde, sodaß die Mauer abgebaut werden könnte.

Als dann die Regierung der Ostpolitiker abtreten mußte, versicherten ihre Nachfolger, pacta sunt servanda sei die erste Bürgerpflicht. Sie verschafften Honecker zusätzliche Milliarden, sie suchten ihn herzlichst in Leipzig auf, sie luden ihn in die Bundesrepublik ein. Was wäre, so wurde damals gefragt, wenn Honecker kommt und am selben Tag ein Mensch an der Mauer erschossen wird? Was wäre, so müßten wir heute fragen, wenn Honecker an diesem Wochenende, von Regierungsmitgliedern umgeben und von Lafontaine umschwänzelt, den großen Staatsbesuch in Wiebelskirchen veranstaltet hätte? Hätten wir mit ihm Klartext geredet oder hätten wir uns in die Hochsprache der Diplomatie geflüchtet, von pacta sunt servanda bis business as usual?


Anstelle von „mehr Menschlichkeit": der Tatort FOTO: DPA

Das Schlimme sind nicht die Milliarden. Wenn man menschliche Erleichterungen erkaufen kann, so soll man es tun, selbst wenn mancher sich wundert, daß die Bundesrepublik erst für den Bau von Straßen und dann für die Benützung von Straßen und dann für die Reparatur dieser Straßen zahlen muß. Das Schlimme ist die „Kontinuität" der Illusionen. Erinnern wir uns, wie Honeckers Besuch von „aber er muß schon was mitbringen, und zwar etwas Erhebliches!" bis zum Wert an sich umdekliniert wurde? Sodaß man am Ende sich hier bedrückt fühlte (gar die „Schuldigen" suchte!), als uns dies Erlebnis – vorerst – entging.

Wenn die heutige Regierung sich zu der Aussage durchränge, daß man selbstverständlich auch mit einem rechtlosen Regime kontrahieren müsse, wenn es den Menschen dient, daß man sich aber über den Charakter dieses Regimes klar sei und wisse, daß es Menschlichkeit nur gegen bar Kasse und niemals aus Einsicht liefert, sodaß alle Aufwertungen und staatspolitischen Konzessionen vergebens waren, wenn auch leider nicht umsonst – dann würde die Regierung seriöser wirken. Und es würde vielen jungen Menschen Verwirrung erspart. Jungen Menschen, die in Schule und Fernsehen lernen, wie schlimm es gewesen sei, daß Leute Hitler und seinem KZ-Regime Respekt erwiesen, und die in Schule und Fernsehen lernen, wie schlimm es sei, wenn Leute Honecker und seinem KZ-Regime den Respekt (die „Respektierung") verweigern. Gegenüber einem Regime, das auf Gewalt aufgebaut ist und daran zugrundegehen wird, haben ausgerechnet wir, der demokratische Rechtsstaat, uns moralisch und politisch in Zugzwang gebracht. Wieviel Menschen müssen noch an der Mauer sterben, bis hier das Nachdenken beginnt?

IM GESPRÄCH Der Dalai Lama

In den Volkskongreß?

Von Detlev Ahlers

Nach dem Tode des dreizehnten Dalai Lama wurden im Nordosten von Lhasa seltsame Wolkenbildungen gesehen. Sein Leichnam war mit dem Gesicht nach Süden auf den Thron gesetzt worden, doch der Kopf wendete sich nach Osten. Bald darauf, im Holz-Schwein-Jahr (1935), hatte der Regent, der nach dem Tode des Dalai Lama mit der Suche nach der neuen Reinkarnation des Avalokiteshvara, des Bodhisattva der Barmherzigkeit, beauftragt ist, eine Vision im heiligen See Lhamoi Latso: Er sah ein Haus mit türkisfarbenen Ziegeln nahe einem Klosters mit goldenen und jadegrünen Dächern. Da wußten die weisen Männer, wo sie den vierzehnten Dalai Lama zu suchen hatten.


Fröhlichkeit und Uhren: der Dalai Lama FOTO: POLY PRESS

Ihr Anführer verkleidete sich als Diener, als sie das im See gezeigte Haus einer tibetanischen Familie in einem chinesischen Dorf mit dem tibetanischen Namen Taktser östlich von Lhasa betraten. Doch ein kleiner Junge kletterte sofort auf den Schoß des Anführers und kramte unter seinem Lammfellmantel einen Rosenkranz hervor. Da wußten die Weisen, daß sie gefunden hatten, den sie suchten.

So beschreibt er selbst, inzwischen 49 Jahre alt, in „Mein Leben und mein Volk" seine Findung im Jahr 1939. Für viel Geld ließ der chinesische Gouverneur das Kind mit den Weisen ziehen, damit sie es unterrichteten und auf seine Aufgabe vorbereiteten. Nach dem Sieg Maos 1949 erhob China wieder Ansprüche auf Tibet, wo es seit dem achtzehnten Jahrhundert mehr oder weniger starken Einfluß hat. Blutig wurde das Land zu einer Autonomen Region der Volksrepublik gemacht; allein 1959/60 sollen dabei in West-Tibet, das sich bis zuletzt widersetzte, etwa 90 000 Tibeter getötet worden sein. Den Chinesen half der in China erzogene, in Peking lebende und in Tibet als Person kaum geachtete Pantschen Lama, das zweite geistliche Oberhaupt. Der Dalai Lama floh aus dem Land. Er leitet seidem die Geschicke der etwa 100 000 Exil-Tibeter, die über alle Welt verstreut sind.

Jetzt veröffentlichte Peking ein vor drei Jahren gemachtes Angebot, der Dalai Lama könne aus seinem indischen Exil nach China zurückkehren. Er dürfe sich allerdings nicht in Tibet niederlassen, solle aber den (unwesentlichen) Posten eines Vize-Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses in Peking übernehmen. Was Chinas Einmarsch in Tibet 1959 betrifft, so fanden die Chinesen eine klassisch chinesische Formel: „Es ist besser, dies zu vergessen."

Es ist kaum anzunehmen, daß der Dalai Lama vergißt und auf das Angebot Pekings eingeht.

Vor zwei Jahren besuchte er Europa. Staatliche deutsche Stellen empfingen ihn nicht. Ihnen mag einiges entgangen sein, denn alle, die ihn trafen, rühmen seine Weisheit und Bescheidenheit. Meditations- und Konzentrationstechniken seien das Kostbarste, was seine Kultur dem Westen anzubieten habe, sagte er – und fügte hinzu, daß man dafür nicht schmuddelig zu sein brauche.

Viele hatten sich den Priesterkönig vor dem Besuch anders vorgestellt und waren verwundert, als sein schallendes Lachen die Wände erschütterte und er erzählte, sein Hobby sei das Reparieren von Uhren. Während dieser Reise traf er auch mit dem Papst zusammen. Der eine ein Stellvertreter Gottes, der andere eine Verkörperung des Göttlichen, beide aber eint der Grundsatz: „Jeder Mensch ist gut, der Nächstenliebe übt." Allerdings ist die Macht des Dalai Lama über seine Priester geringer als die des Papstes. Immerhin: Im indischen Exil hat er ihnen die Feldarbeit befohlen – eine Neuheit für sie.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Offenburger Tageblatt

Es meint zum EG-Haushalt:

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft sind drauf und dran, sich in die Tasche zu lügen. Der drohende Bankrott brachte sie auf die ausgefallene Idee, für 1985 einen Haushalt aufzustellen, der diesen Namen kaum verdient. Für die EG hört 1985 vorerst bereits im Oktober auf. Es hat den Anschein, daß sie sich orientalische Sitten des Feilschens angewöhnt und der soliden Finanzwirtschaft abgeschworen hat. Unter dem Etikett „Europa" wird in der Haushaltspolitik Schindluder getrieben. Vor Beginn des Gipfeltreffens in Dublin Anfang nächster Woche sollten die EG-Regierungschefs dem Ministerrat eine Standpauke halten.

Kölner Stadt-Anzeiger

Er kommentiert die Bonner Finanzpolitik:

Finanzminister Stoltenberg hat nun zum dritten Mal einen Haushalt mit nur geringer Steigerungsrate durch den Bundestag gebracht. Das knappe eine Prozent bedeutet geradezu einen Minimierungsrekord. Keiner wird besser wissen als der Finanzminister selbst, wie viele zusätzliche Ausgabenwünsche der Ressortkollegen da abzublocken waren. Stoltenberg kann sich nach der dritten Lesung des Etats 1985 mit Recht dem Gefühl hingeben, ein gutes Stück Arbeit vorgelegt zu haben. Selbstzufriedenheit freilich und nachlassende Wachsamkeit wären unangebracht. Manches im Haushaltsgefüge stimmt noch nicht. Der Subventionsanteil ist zu hoch, die üppige Gewinnüberweisung der Bundesbank an den Bund verdeckt, daß die Neuverschuldung noch lange nicht auf einem Niveau ist, das sich auf die Dauer vertreten läßt.

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung geht auf die Zahl der Verkehrstoten ein:

Ein Menschenleben für 40 Mark: das ist ein guter Preis. Nein, das ist nicht zynisch gemeint. Die Drohung mit dem Bußgeld von 40 Mark für Gurtmuffel rettet inzwischen mehr Autofahrern das Leben, bewahrt mehr vor schweren Verletzungen als vor Einführung der Anschnallpflicht. Dabei kracht es öfter als je zuvor. Repariert werden können menschliche Mängel freilich nur durch bessere Ausbildung schon der Jugendlichen in der Schule und während der Fahrausbildung. Wer begriffen hat, daß gutes Fahren nicht Raserei heißt, nicht waghalsige Überholmanöver, sondern vorausschauendes, defensives Fahren, der fährt in eine sichere Zukunft. Gelernt werden müssen Disziplin und soziales Verhalten wie in anderen Lebensbereichen auch.

Die Reden Arthur Scargills und das vierte Todesopfer

Eskalation der Gewalt in einem aussichtslosen Streik / Von Wilhelm Furler

Ein paar streikende Bergleute haben sich für ihr Leben unglücklich gemacht. Sie stehen unter Mordanklage, nachdem sie einen Betonpfosten von einer Brükke herab auf ein Taxi warfen, das zwei arbeitswillige Kollegen zu deren Zeche bringen sollte. Der Taxifahrer ist das vierte Todesopfer, das durch diesen sinnlosen Streik zu beklagen ist. Die beiden Kumpel im Taxi blieben bei dem heimtükkischen Anschlag in Südwales wie durch ein Wunder unverletzt.

Eine solche Wahnsinnstat war freilich vorauszusehen. Über die Monate hin ist nicht nur der Haß an den Streikposten-Linien gewachsen, und zwar Haß gegen die Polizei ebenso wie Haß gegen Kollegen, Brüder, Väter. Sondern in erschreckender Weise ist auch die pure Lust an Krawall, Zerstörung und körperlicher Gewalttätigkeit gestiegen. Wie anders ist zu erklären, daß Kollegen in unbeschreiblicher Brutalität halb bewußtlos geschlagen und ihnen die Knochen gebrochen werden, nur weil sie den neunmonatigen Arbeitskampf satt haben, der nichts gebracht hat als persönliche Not? Arthur Scargill aber, der trotzkistische Führer der Bergleute-Gewerkschaft, hält weiterhin aufrührerische Reden. Sein Lieblingswort ist „struggle": Kampf gegen die Nationale Kohlebehörde, Kampf gegen die Regierung Thatcher, Kampf gegen das Establishment. Es führte zu weit, Scargill für den Anschlag von Südwales unmittelbar verantwortlich zu machen. Doch eine moralische Mitschuld nicht nur am Tode des Taxifahrers, sondern auch an den drei anderen Opfern des unseligen Arbeitskampfes trifft ihn.

Seine Kampagnen gegen all jene, die sich seiner Streik-Tyrannei zu widersetzen suchen, haben den Kohlestreik erst richtig eskalieren lassen und den Prügelnden das Gefühl gegeben, im Dienste einer großen Sache zu handeln. Im Dienste welcher Sache? In wessen Interesse kann ein gewalttätiger Arbeitskampf liegen, der einem einzelnen Industriezweig die egoistischste aller Sonderstellungen sichern soll: für alle Zeiten unverantwortlich hohe Verluste zu machen?

Ian Tanner, 25, wurde Ende März in den Tod getrieben, weil er für diese „Sache" nicht eintreten wollte. Man fand ihn, nachdem er von der Frühschicht nach Hause gekommen war, in seinem Zimmer erhängt. Er hatte es, so sein Vater, nicht verwinden können, daß Kollegen und sogar Freunde ihn täglich als einen „erbärmlichen Streikbrecher" anpöbelten. Im Juni nahm sich James Clay, 33, in seiner Garage mit Autoabgasen das Leben, nachdem er einen Droh-Anruf nach dem anderen erhalten hatte. Clay war zuvor an seinen Arbeitsplatz, eine Zeche bei Stoke-on-Trent, zurückgekehrt.

Inzwischen kehrten Tausende von Bergleuten an ihre Arbeitsplätze zurück. Den heute noch streikenden 121 000 Kumpeln stehen schon 68 000 gegenüber, die Tag für Tag in ihre Gruben einfahren. Sie hat nicht nur der Weihnachtsbonus des Arbeitgebers an ihre Arbeitsplätze zurückgelockt. Die meisten haben einfach die Hoffnung aufgegeben, daß dieser Arbeitskampf noch etwas bringen könnte.

Aufgegeben haben die meisten auch die Hoffnung, der Streik werde zu schweren Störungen in der britischen Energiewirtschaft und damit zu einem Einlenken der Regierung führen. Diese Hoffnung konnte sich gar nicht erfüllen, weil sie auf Lügen Scargills basierte. Bereits im Mai hatte er versichert, die Kohlevorräte der Kraftwerke würden gerade noch für acht Wochen reichen. Im Juli, als die Energieversorgung demnach hätte zusammenbrechen müssen, bot er die gleiche Achtwochenprognose.

Heute liegen immer noch 37 Millionen Tonnen Kohle auf Halde. Und die staatliche Elektrizitätswirtschaft hat nicht einmal damit begonnen, ausländische Kohle zu importieren. Sie ist in Rotterdam in jeder Menge erhältlich – für 130 Mark je Tonne gegenüber 170 Mark, die heimische Kohle im Schnitt kostet. Die 63 Zechen, in denen heute gearbeitet wird, fördern 600 000 Tonnen in der Woche. So gesehen, könnte der Streik endlos weitergehen.

Dies würde er auch, ginge es nach der Entschossenheit etlicher Bergleute-Kommunen in Yorkshire oder Wales, die durch Zechenschließungen in ihrer Existenz bedroht sind. In diesen Kommunen sind inzwischen alle Hoffnungen auf sinnvolle Verhandlungen über ein baldiges Ende des Streiks geschwunden. Diese gebündelte Hoffnungslosigkeit ist der fruchtbarste Nährboden für Gewalt.

Die Gewerkschaftsbewegung selbst, auf die jeder einzelne Akt dieser Gewalttätigkeit zurückfällt (was Meinungsumfragen belegen), kann nicht länger so tun, als sei Scargills Sache auch die ihre. Bevor weiteres Unheil passiert, muß sie handeln: Ihr ganzer Einfluß muß darauf verwendet werden, den Kohle-Streik, der nicht mehr zu gewinnen ist, zu einem möglichst raschen Ende zu bringen. Ob Scargill will oder nicht.

Ein Vollbad im Wohlwollen: Der Kanzler in Washington

Die publizistische Begleitmusik war nicht die freundlichste, das unerfreuliche Thema Röhren-Embargo lag in der Luft – doch die Kurzvisite von Bundeskanzler Helmut Kohl in Washington verlief entspannt und harmonisch. Was Kohl dabei feststellte, war ein neues politisches Klima.

Von FRITZ WIRTH

Es ging auf Mitternacht zu. Der Entourage des Kanzlers stand ein Achtstunden-Flug aus Bonn und die Sehnsucht nach einem Bett im Gesicht geschrieben, als eine sehr pfälzische Stimme, die offenbar aus dem Bauch kam, sie aufschreckte: „Gehn ma a Supp' esse."

Es war des Kanzlers Wort und Wille. Und so schwärmte man ins nächtliche Washington aus. Der Mann aus der Pfalz ist so. Wenn immer er offiziell ins Ausland reist, versucht er wenigstens für ein paar Stunden der Zange des Protokolls zu entfliehen. So zieht ihn, wenn er an den Hof Margaret Thatchers in Downing Street kommt, regelmäßig ein Eßlokal im nahen Soho an.

In Washington ist es das „Filameno". Tiefes Georgetown. Ein Eßlokal mit einer wuchtigen italienischen „Mama". Und die weiß nicht, worauf sie stolzer sein soll: auf den Kanzler aus Bonn, der nun schon zum dritten Mal bei ihr auftaucht und sie damit in den weltweiten Kreis seiner Stammlokale aufgenommen hat, oder auf die Flotte von Polizeiautos, die mit aufgeregten Blinklichtern signalisiert, daß bei der Mama im „Filameno" mal wieder hoher Besuch ist.

„Gehn ma a Supp' esse." Der Wunsch sagt etwas über das nervliche Wohlbefinden dieses Mannes. Mag in der Bonner Küche einiges anbrennen oder mag ihn die „Washington Post" vor seiner Ankunft mit einem Artikel begrüßen, der ihn als einen politischen Gehbehinderten darstellt und mit dem Hinweis auf die Flick-Affäre sogar das Schreckwort „Watergate" bemüht – er läßt sich justament im „Watergate-Hotel" einquartieren und pfeift auf hämische Assoziationen, die sich darob bei abergläubischen journalistischen Schicksalsbeschwörern einstellen.

Es war ein bemerkenswert gelassener Kanzler, der da für 20 Stunden nach Washington gekommen war. Die Tatsache, daß er als erster westlicher Regierungschef nach der Wahl ins Weiße Haus eingeladen worden war, half dem politischen Ego, und Peter Boenisch half nach mit dem Hinweis, daß ein so früher Besuchstermin nach der Wahl in der Tat ungewöhnlich sei.

Doch sonst war Selbstdarstellung nicht der Sinn der Visite. Der Kanzler war gekommen, um vor allem das neue politische Klima im Weißen Haus und umliegenden Departments im Vorfeld des neu beginnenden Ost-West-Dialogs abzuschmecken und notfalls einige eigene Zutaten hinzuzufügen.

Und dieses Klima ist in der Tat anders. Ein Mitglied der deutschen Delegation beschrieb es mit einigem Erstaunen und beträchtlicher Zufriedenheit so: „Es ist, verglichen mit früheren Erfahrungen, ein bemerkenswertes Maß an Feinfühligkeit, Geduld und Gelassenheit spürbar. Man ist heute in der Reagan-Administration mehr denn je bereit, auch auf psychologische Faktoren in der internationalen Politik einzugehen."

Konkret auf die bevorstehenden Genfer Gespräche zwischen den Außenministern Shultz und Gromyko bezogen: Man weiß auf amerikanischer Seite sehr wohl, daß die Sowjets in Genf und in möglichen Nachfolge-Begegnungen nicht ihr Gesicht verlieren dürfen. Sie haben erkennen müssen, daß ihre Verweigerungs- und Boykottpolitik der letzten Jahre erfolglos war. Der nun beginnende neue Dialog wäre jedoch zu einem schnellen Scheitern verurteilt, wenn die Sowjets bei diesen neuen Annäherungsversuchen unverzüglich und demonstrativ auf die Verliererbank gedrängt würden.

In Washington stellt man sich daher auf die Psyche eines Verlierers ein, der nicht verlieren darf, und das bedeutet: Verzicht auf provozierendes Propaganda-Vokabular und Verzicht auf jede gespreizte Triumphgeste über die Rückkehr eines reuigen Sünders.

Das alles zeigt: Man will in Washington nicht nur neue Gespräche, man will den Erfolg. Die Reagan-Administration ist entschlossen, die Sowjets ernst und beim Wort zu nehmen, und sie wird in dieser Einstellung vom Kanzler nachdrücklich unterstützt.

Wie ernst es Reagan und seine Mannschaft mit diesem Neubeginn meinen, geht aus den überaus sorgfältigen Vorbereitungen für diese Gespräche hervor. Man hält in dieser Hinsicht in Washington die Karten eng an der Brust. Es gibt in dieser sonst sehr informationsfreudigen Stadt, in der politische Geheimnisse oft keine lange Lebensdauer haben, plötlich eine neue Informationsdisziplin.

So bekannte ein hoher Beamter des State Departments, der in Genf mit am Verhandlungstisch sitzen wird: „Ich habe in dieser Woche ein drei Seiten langes Papier unterschreiben müssen, daß ich ins Gefängnis wandern werde, wenn ich irgendetwas ausplaudere."

Also schweigt man. Dieser neue Hang zur Diskretion könnte leicht eine neue Konsultationskrise auslösen, wie sie schon öfter in Europa beklagt wurde. Bevor hier jedoch Irrtümer entstehen: Der Konsultationsprozeß ist intakt, wie der Kanzler versicherte. Washington ist bereit zuzuhören und auch Ratschläge möglicherweise in die Tat umzusetzen. Man ist allerdings offenbar nicht bereit, strategische Zielrichtungen und taktisches Kalkül bereits vorher auf den Verhandlungsmarkt zu tragen. Washington ist, zumindest im Hinblick auf die Genfer Verhandlungen, auf politischen Kammerton eingestellt.

Dahinter ist eindeutig die Handschrift von Außenminister Shultz zu erkennen. Ihm behagte es seit einiger Zeit nicht, daß die Sowjets offene Mediendiplomatie betrieben, bevor die Genfer Gespräche vereinbart wurden. Er möchte Diskretion wieder zu einer diplomatischen Tugend machen.

Höhepunkt der Kanzler-Stipvisite am Potomac waren die zweieinhalb Stunden im Weißen Haus. Ronald Reagan, der eine überhaus harte Woche hinter sich hatte, in der es Personalprobleme mit seinem plötzlich zurückgetretenen Umweltminister und mit den schwer erfüllbaren Karrierewünschen seiner UNO-Botschafterin Kirkpatrick gab, der außerdem einen ärgerlichen Familienstreit mit seinem Adoptivsohn ausficht und vor allem im Clinch liegt mit einigen Ministern und Parteifreunden über Budgetkürzungen, präsentierte sich in erstaunlicher Frische.



Dreißig Sekunden für die Fotografen: Helmut Kohl und Ronald Reagan FOTO: AFP

Beide Regierungschefs erschienen gleich zu Beginn im Rosengarten zur üblichen Fotoschau. Dem Kanzler gelang es, in fehlerfreiem Englisch ein Gutachten über „das herrliche Wetter in Washington" abzugeben. Ronald Reagan wehrte zu gleicher Zeit gelassen Journalisten ab, die ihn aus 20 Metern Entfernung mit Fragen zum Budgetstreit eindeckten.

Nur 30 Sekunden standen die beiden Seite an Seite zur Ablichtung durch die Fotografen, doch die Zeit reichte, um zu erkennen, daß Ronald Reagan nicht nur über den besseren Schneider, sondern auch über wesentlich kalorienärmere Kost als der Kanzler verfügt. Es gibt offenbar weniger italienische „Mamas" im kulinarischen Leben des Ronald Reagan. Dem Kanzler, der nicht unbedingt ins Weiße Haus gekommen war, „a Supp' zu esse", wurde eine gewichtsfreundliche „Consommé Celestine" aufgetischt.

Die Atmosphäre beim Arbeitsessen war locker und aufgeräumt. Der Gastgeber ließ nicht zu, daß störende Geräusche die Freude und die Freundschaft dämpften. Klagen über das „Röhren-Embargo" verwies er an die Adresse des Vizepräsidenten George Bush.

Der Kanzler nahm ein Vollbad im Wohlwollen, das ihm entgegengebracht wurde. In seiner Schlußrede auf dem Rasen des Weißen Hauses änderte er dreimal den Redetext, um die Formel „mein lieber Freund Ronald Reagan" einflechten zu können.

Der Präsident bedankte sich mit einem schulterklopfenden „Good bye, Helmut". Der Kanzler schwang sich, sichtlich erleichtert und zufrieden, in die bereitstehende Limousine. Ob gehbehindert oder nicht – niemand, der heute aus dem amtlichen Bonn kommt, verläßt das Weiße Haus auf den Krücken des Kummers.

Ein grüner Pfad zwischen „Fundis" und „Chamäleons"

Einen Sieg auf der ganzen Linie verzeichnete „Börners Lieblingsgrüner", Karl Kerschgens, auf der Mitgliederversammlung der hessischen Grünen in Lich. Kerschgens Sieg bedeutet: Zusammenarbeit mit der SPD ist weiter möglich, aber „auf anderer Grundlage".

Von D. GURATZSCH

In der Geschichte der Grünen war es ein unerhörter Vorgang. Raphael Keppel stand vorn am Podium und wurde ausgelacht. Der junge Mann mit den langen Haaren, der einmal ein Flugzeug entführt hatte und als Beruf Schriftsteller angibt, hatte lediglich ausgesprochen, was ihm noch vor wenigen Jahren langanhaltenden Beifall gesichert hätte: „Eine Tolerierung oder Zusammenarbeit mit der SPD ist ausgeschlossen, wenn die Landesregierung nicht der sofortigen Stillegung aller Atomanlagen zustimmt."

Das war natürlich keine Kabaretteinlage, sondern ein offizieller Antrag, vorgebracht auf der Landesmitgliederversammlung der Ökopartei am Wochenende in Lich, einem kleinen mittelhessischen Städtchen mit etwas über 10 000 Einwohnern, einer angesehenen Brauerei, einem Schloß der Grafen zu Solms und vielen Fachwerkhäusern. Im Bürgerhaus hatten sich 850 der rund 3500 eingeschriebenen hessischen Grünen versammelt, um über die Fortsetzung des Bündnisses mit Holger Börner zu beraten.

Aber „fundamentalistische" Anträge wie der von Keppel hatten keine Chance. Weit über 80 Prozent hoben ihr Kärtchen, um den Antrag aus dem Rennen zu werfen. Zuvor hatte das grüne Parteivolk Keppel bereits mit einem ebenso hohen Abstimmungsergebnis förmlich aus der Fasson gebracht: Keppels Formulierung „Eine Koalition oder andere personelle Beteiligung der Grünen an der Landesregierung oder der Verwaltung wird abgelehnt" wurde mit überwältigender Mehrheit niedergestimmt.

Erst eine Stunde später, als sich der Saal schon merklich geleert hatte, schien vielen zu dämmern, wie weit sie bei dieser Abstimmung gegenüber anderen grünen Landesverbänden vorgeprescht waren. Die Formulierung, die Grünen würden wenigstens „in dieser Legislaturperiode keine Koalition mit der SPD eingehen", fand nur noch eine knappe Mehrheit von 190 zu 160 Stimmen – und dennoch war auch dieses Votum eine Sensation. Zum erstenmal hatte ein grüner Landesverband damit förmlich beschlossen, daß es keine prinzipiellen Einwände mehr gegen die Übernahme von Regierungsverantwortung durch „grüne Minister" geben solle – auch wenn der Beschluß sofort wieder kassiert wurde, weil der Antragssteller seinen Textentwurf erschreckt zurückzog.

Triumphator dieser Mitgliederversammlung war der 45jährige Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens, „Börners Lieblingsgrüner", wie er genannt wurde, weil er mit dem hessischen Ministerpräsidenten einen Kontrakt in den kniffligen Energiefragen ausgehandelt hat, der es Börner möglich macht, das Tolerierungsbündnis mit den Grünen einzugehen.

Fünf Monate hat dieses von den grünen „Fundis" heftig befehdete Bündnis gehalten – am 19. November erklärte es dann Kerschgens wegen der Haltung der Landesregierung im Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe Alkem und Nukem für beendet. Für diesen Schritt und für die neu ausgegebene Perspektive einer „Politik der ökologischen Verantwortlichkeit" wurden Kerschgens, der immer ohne Attitüde auftritt und allen Versuchungen eines „Starkults" ausweicht, in Lich wahre Ovationen zuteil.

Seine Argumentationskette: Der „realpolitische Kurs" einer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der SPD sei erfolgreich gewesen und werde weitergefahren". Was durch „Fundamentalopposition" nie zu erreichen gewesen wäre, hätten die Grünen auf diese Weise zustande gebracht, nämlich einen Diskussionsprozeß in der SPD in Gang zu setzen. Hanau habe zuvor „im Dornröschenschlaf" gelegen, jetzt seien die „Atomfabriken" in aller Munde. Die Grünen könnten hier nicht nachgeben, ohne das Anspruchsniveau der Partei auch in anderen Bundesländern zu senken. Die „Führungsspitze der SPD" erkenne zwar durchaus die Gefahren, die mit den Nuklearfabriken und dem Schritt in den Plutoniumstaat verbunden seien; aber sie handle nicht entsprechend. Wenn sie mit den Grünen ein „Gegengewicht zu Bonn" bilden wolle, dann dürfe sie nicht nur reden, sondern müsse ihre „Konfliktfähigkeit mit der Bundesregierung beweisen". Statt dessen habe sich die hessiche SPD wie ein „Chamäleon" verhalten und die Grünen aus dem Entscheidungsprozeß herausgehalten. Kerschgens: „Die Grünen wurden zum Briefkasten gemacht, dem man etwas zusteckt."

Immer wieder von Beifall unterbrochen, präsentierte Kerschgens dann sein Konzept: Die Grünen würden Börners Haushaltsplan für 1985 die Zustimmung versagen, denn „sonst würde es heißen, wir schlukken die Atomfabriken für einige Haushaltsmillionen". Sie würden „zur sachbezogenen Zusammenarbeit mit allen Fraktionen des hessischen Landtages" bereit sein, und zwar auf der „Grundlage der Ziele, die unserem Programm entsprechen". Sie würden weiterhin die Zusammenarbeit mit der SPD anstreben, aber das sei nur möglich „auf anderer Grundlage". Kerschgens: „Wir wollen ein neues Kapitel in dieser Zusammenarbeit aufschlagen und mitschreiben, dazu sind wir bereit."

Viereinhalb Stunden hatte die Debatte über dieses Referat gedauert, als es zur Abstimmung kam. Da machte Gertrud Schilling, die grüne Landtagsabgeordnete, die einmal zu Khadhafi gereist war und früher sehr den „Fundis" zuneigte, noch einen Gegenvorschlag: Nein zu den Atomfabriken, aber Ja zum Haushalt. Es sei ein „schlimmer Grundsatz, ständig von Druckmitteln zu reden". Vergebens. Eine breite Mehrheit war gegen diesen Kompromiß. Oben auf der Pressetribüne ließ Holger Börner bereits eine Erklärung verteilen: keine Nachverhandlungen. Unten im Saal legten sie das Strickzeug weg. Kerschgens hatte auf der ganzen Linie gesiegt.

WIE WAR DAS? Als die „Todesautomaten" installiert wurden

Von WERNER KAHL

Der „Tod in der Maschine" war der Titel eines 1920 in München erschienenen Buches über neue Tötungstechniken im Krieg. Aus der Drachensaat barbarischer Erfindungen der Weltkriegsjahre 1914 bis 1918 ließ die SS-Führung des Nazi-Staates sogenannte „Serbische Bierfässer" für die Bewachung der Konzentrationslager weiterentwickeln. Es handelte sich ursprünglich um Wurfbehälter, die – mit eckigen Kieselsteinen und Explosivstoffen gefüllt – dem Gegner so viele Verletzungen zufügen sollten, daß er kampfunfähig liegenblieb und verblutete.

In Hitlers Konzentrationslagern sollten modernisierte Kästen an den Stacheldrahtumzäunungen montiert werden, um Fluchtversuche zu verhindern. Ehe diese Todesautomatik jedoch serienreif war, brach das NS-Regime zusammen. Aus der Konkursmasse des Dritten Reiches konstruierten die kommunistischen Mauerbauer in den sechziger Jahren die Selbstschußanlage des Typs SM-70, die nun wieder völlig demontiert ist.

Seit Ende 1970 waren die Tötungsmaschinen entlang der „DDR"-Grenze zur Bundesrepublik Deutschland installiert worden. Als Sicherheitschef der SED-Führung überwachte Erich Honecker den Aufbau, so wie er bereits die Arbeiten zur Errichtung der Mauer am 13. August 1961 geleitet hatte. Das geschah während der letzten Monate der Herrschaft Walter Ulbrichts, bevor ihn 1971 sein „Kronprinz" Honecker ablöste.

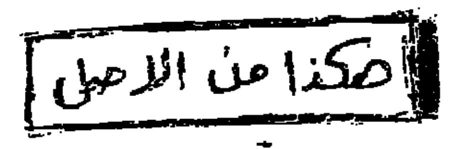
Mit der Todesautomatik verband Honecker offensichtlich die Erwartung, Fluchtversuche aus dem eigenen Machtbereich um jeden Preis zu verhindern. Zwar war die „DDR" zum Zeitpunkt der SM-70-Montage schon ein Jahrzehnt durch Stacheldrahtsperren, Mauern, Todesstreifen, Bluthunde und Scharfschützen verriegelt, doch angesichts nicht abreißender Fluchtversuche von Grenzposten setzte das Regime auf die Unbestechlichkeit des Automaten. Schon die geringste Berührung des Zaunes löste folgende Reaktion aus: Aus den Trichtern des Apparates prasselte – ohne Vorwarnung – ein Sprengsatz mit 110 scharfkantigen Metallstücken auf den Flüchtenden.

In ihrer Streuwirkung übertrafen die vierkantigen Stücke noch die geächteten Dum-Dum-Geschosse. Die Geschoßlawinen aus den „Scatter guns" („Times") wurden anfangs in ihrer verheerenden Wirkung im Westen verkannt. Erst ärztliche Gutachten schafften Aufklärung. So hatte ein Patient des DRK-Krankenhauses Ratzeburg, der trotz schwerster Verletzungen noch den Westen erreichte, 14 Einschüsse, davon drei Durchschüsse. Die Einschüsse waren zehn bis zwanzig Zentimeter tief. „Die Beschaffenheit der Schußkanäle unterscheidet sich deutlich von ... bekannten Patronen- und Kugelschußverletzungen", stellten die Mediziner fest: „Es zeigten sich sehr weiträumige Schußkanäle mit erheblicher Zerfetzung der benachbarten Gewebsteile."

Ein Sprecher des Bonner Innenministeriums sagte jetzt in einer vorläufigen Bilanz der Selbstschußanlagen, daß nach Erkenntnissen des Bundesgrenzschutzes 50 Personen verletzt oder getötet worden seien, darunter auch Angehörige der „DDR"-Grenztruppen. Die Zahl der Opfer liege wahrscheinlich höher, da nicht jeder Fall im Westen bekannt und in Salzgitter, der Erfassungsstelle für Verbrechen an der innerdeutschen Grenze, registriert worden sei. Den höchsten Ausbaustand hatten die „Todesautomaten" nach Angaben des Ministeriums im August 1983 erreicht, als auf einer Länge von 439,5 Kilometern rund 55 000 Schußtrichter installiert waren.

Ihren Abbau hatte das Regime im September vergangenen Jahres angekündigt und zuerst an der Demarkationslinie zu Bayern vollzogen, nachdem zuvor eine wirksamere elektronische Sicherung der Grenzsperranlagen von Honeckers Stab in Auftrag gegeben worden war. Als schließlich die Planung abgeschlossen war, ließ sich das kommunistische Regime den Abbau der Selbstschuß-Automaten als Gegenleistung für westliche Kredite honorieren.

Damals schrieb Matthias Walden in der WELT: „Die Wunden des Flüchtlings sagen mehr aus über die Lage der Nation als das gelegentliche Bonbon, das Honecker so geschickt herüberzureichen weiß."



Paris sucht Kooperation bei Nuklear-Strategie

Bemerkenswerte deutsch-französische Konferenz in Bonn

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Seit Adenauer und de Gaulle vor mehr als 25 Jahren mit dem Elysée-Vertrag die deutsch-französische Freundschaft begründeten, haben es Deutsche und Franzosen geradezu peinlich vermieden, über eine engere Zusammenarbeit in der Verteidigung ernsthaft nachzudenken. Zwar gab es in den sechziger Jahren das Intermezzo zwischen Atlantikern und Gaullisten, bei denen die einen den Atomschutz der USA als unabdingbar für Europa hinstellten, die anderen Deutschen jedoch mit der Force de Frappe zu rechnen begannen. Jener politische und militärstrategische Streit *schlief aber schließlich ein. Jetzt* beginnt sich eine Diskussion neu zu beleben, die allerdings kaum mehr so dogmatisch geführt zu werden scheint wie damals.

Auf der deutsch-französische Konferenz vergangene Woche in Bonn sprachen führende Wissenschaftler und Politiker aus beiden Hauptstädten intensiv über eine militärpolitische Annäherung beider Länder, und dabei schien es, als seien die allbekannten Verkrampfungen besonders auf französischer Seite im Abklingen begriffen.

Tatsächlich trug ein Franzose, der stellvertretende *Direktor des Institut* Français des Relations Internationales, Pierre Lellouche, aufsehenerregende Thesen vor. Er meinte, der „Antigermanismus" bei den Franzosen sei dahin, auch die Antipathie gegen die NATO. Der „Gegner" sei aus französischer Sicht die Sowjetunion, Frankreich könne nicht mehr so tun, als habe es eine „neutralistische Option" in Europa. Auch hätten die Franzosen eingesehen, daß, wenn sie eine fähige Rüstungsindustrie erhalten wollten, sie dies nur in der Zusammenarbeit mit anderen könnten.

Lellouche ging dann mit zwei weiteren Äußerungen soweit, daß manch deutscher Zuhörer ob seiner undiplomatischen Sprache erstaunt aufhorchte. Erstens meinte er, werde Frankreich wohl kaum mehr umhin können, sich mit Deutschland über *die Nutzung der eigenen taktischen* Nuklearwaffen zu konsultieren. Und zweitens ließ der Franzose nicht den Hauch eines Zweifels daran, daß dies *aus französicher Sicht nur möglich* erscheine, wenn in Bonn die Christlich-Liberalen am Regierungsruder bleiben. Denn, so Lellouche weiter, wenn die deutschen Sozialdemokraten die Regierung übernähmen, „wäre das der Nagel für den Sarg der *Zusammenarbeit*".

So deutlich hat öffentlich bislang kein in der Politik bewanderter Franzose die Aversion beschrieben, die in Paris sich entwickelt hat, seit die SPD nach dem Verlust der Bonner *Regierungsverantwortung* fast alles an sicherheitspolitischen Maximen über Bord warf und Helmut Schmidt letzten Mai auf dem Essener Parteitag mit der totalen Verdammung des wesentlich vom früheren SPD-Kanzler konzipierten NATO-Doppelbeschlus*ses allein ließ*.

Bei der Bonner Konferenz blieb Lellouche nicht allein. Der Institutsdirektor fand viel Verständnis bei seinem deutschem Gegenüber, dem Direktor des Forschungsinstituts der *Deutschen Gesellschaft für Auswär*tige Politik, Professor Karl Kaiser. Beachtlich, was dieser deutsche Sozialdemokrat – im Essener Mai hatte er zusehen müssen, wie seine eigene Partei Helmut Schmidts Politik am Boden zertrampelte – als neue Perspektive deutsch-französischer Kooperation auf dem Felde der Sicherheitspolitik entwickelte. Kaiser meinte, daß die Franzosen die Bundesrepublik Deutschland „wiederentdeckt" hätten, habe mit ihrem Gefühl für die eigene äußere Sicherheit zu tun. Ausgelöst durch eine „signifikante pazifistische Minderheit in Deutschland" seien in Frankreich im Extrem sogar Meinungen ausgelöst worden, die den Deutschen Atomwaffen in die Hand geben wollen. Kaiser mochte soweit nicht gehen. Doch auch er wünschte von den Franzosen den Mut zu sagen, ihre Verteidigung beginne an der Elbe. Das hätte Konsequenzen für die militärische Planung der konventionellen Streitkräfte Frankreichs, vor allem für die neu geschaffene „Schnelle Eingreiftruppe" (Force d'Action Rapide) und das französische Atompotential. Kaiser *meinte dazu: „Langfristig* wäre es prüfenswert, wenn Frankreich eine Nukleargarantie für die Bundesrepublik Deutschland abgäbe."

Die CDU im Saarland wittert Morgenluft

Kämpferisch ging Zeyer mit Lafontaine ins Gericht

GEORG BAUER, **Saarbrücken**

Knapp drei Monate vor der Landtagwahl am 10. März wittert die CDU *des Saarlandes so etwas wie Morgen*luft. Selbst ihr Landesvorsitzender, Ministerpräsident Werner Zeyer, gelang es, einige Zentimeter über seinen Schatten zu springen. In seiner Ansprache über die „Zukunft für unser Saarland" auf dem 35. Landesparteitag in Riegelsberg nahe Saarbrükken ging der ansonsten eher ruhige Zeyer immer dann aus sich heraus, wenn er auf seinen Herausforderer, den SPD-Landesvorsitzenden Oskar Lafontaine, und dessen Politik zu sprechen kam. Hinter der Brille blitzten die Augen auf, der Ton wurde aggressiver, die Haltung härter. Von „Roßtäuscher-Methoden", von „dümmlicher Arroganz" und „persönlicher Profilierungssucht" statt seriösem Einsatz für die Interessen des kleinsten Flächenlandes in der Bundesrepublik Deutschland war dann die Rede. Zeyer: „Wer antritt, nach dem Motto ‚Hoppla, jetzt komme ich und mache alles neu und besser', der ist unseriös. Der läßt die notwendige Verantwortung vermissen. Der beschreitet einen Weg ins Ungewisse. Der betreibt eine Politik gefährlicher Experimente.

Auf Experimente, so glauben die Christdemokraten, lassen sich aber zwei der wichtigsten Wählergruppen des Saarlandes, die Bergleute und Stahlarbeiter, nicht ein. Diese Wählerschichten, die in den Augen der CDU auf Stetigkeit setzen, waren daher angesprochen, als Zeyer in seiner Rede von „Berechenbarkeit", „Ehrlichkeit" und „Glaubwürdigkeit" sprach. Ausdrücklich betonte er, daß auch in Zukunft an der „Kohlevorrangpolitik" festgehalten werden müsse. Die regierende Koalition aus Christdemokraten und Freidemokraten *habe trotz der schwierigen* Zeiten im Saarland einen „leistungsfähigen Bergbau erhalten".

Gerade in den wichtigen Fragen des Saarlandes wie der Stahl- und Kohlepolitik oder des Saar-Ausbaus warf Zeyer seinem sozialdemokratischen Widerpart „blanken politischen Opportunismus" vor. Unter der Führung Lafontaines und einem krampfhaften Bemühen um Machtgewinn sei die Saar-SPD bei entscheidenden politischen Problemen zur Außenseiterpartei geworden und habe ihre Identität als Volks- und Arbeiterpartei eingebüßt.

Barsche Worte fand der Minister*präsident auch für die Haltung Lafon*taines und der Saar-SPD zum größten Sorgenkind des Landes, dem Unternehmen Arbed-Saarstahl. Die CDU, die zur Restrukturierung der Eisen- und Stahlindustrie stehe, habe es nicht nötig, sich dauernd von Leuten beschimpfen zu lassen, die nichts unversucht lassen, eigenes Nichtstun und mangelnde Sachkenntnis durch Tatsachenverdrehung in einem Netz von Lügen zu verschleiern. *Die* wiederholt von Lafontaine geforderte Einbindung von Arbed-Saarstahl in ein deutsches Stahlunternehmen sei „gut und schön", nur welches deutsche Unternehmen dafür in Frage komme, sage der SPD-Landesvorsitzende nicht. *Zeyer: „Hätte* er sich einmal mit den führenden Vertretern der deutschen Industrie unterhalten, dann hätte er sehr schnell erfahren, wie unrealistisch diese Forderung ist."

Mit Kritik sparte der Christdemokrat auch nicht am Verhalten der Gewerkschaften. Obwohl in wichtigen wirtschaftlichen Belangen des Saar*landes Übereinstimmung zwischen* der Landesregierung und den Gewerkschaften bestehe, halte er es für höchst bedenklich, wenn Teile der Gewerkschaften aus falsch verstandener Treue zu bestimmten Entwicklungen in der SPD schwiegen, oder wenn sie sogar den Schwenk der SPD zu den Grünen mitvollzögen.

Wohl mit Blick auf den Konflikt zwischen Lafontaine und der „Saarbrücker Zeitung", die in den Augen des SPD-Landesvorsitzenden zugunsten der regierenden Koalition einseitig über die Politik im Saarland berichtet, meinte Zeyer, die Opposition nütze jede Gelegenheit, ihr mißlie*bige Journalisten an den Pranger der* öffentlichen Meinung zu stellen: „Diese üble Beschimpfung, die Hetze gegen unabhängige Journalisten erinnert an die unseligsten Zeiten deutscher Geschichte."

Die Delegierten, die ihrem Landesvorsitzenden im Stehen applaudierten, wollen die Herausforderung annehmen und offensiv gegen die SPD unter *Führung Lafontaines angehen.* Zeyer kündigte einen harten Wahlkampf an. „Mit dem Florett" sei diese Wahl nicht zu gewinnen.

Rau fordert Ende des „Geredes über Koalitionen"

AP/dpa, **Düsseldorf**

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende Johannes Rau hat seine Partei*freunde eindringlich davor gewarnt*, öffentlich über künftige Koalitionen im Düsseldorfer Landtag zu spekulieren. Rund fünf Monate vor der Landtagswahl an Rhein und Ruhr habe das „Koalitionsgerede" bei den Sozialdemokraten „ein ärgerliches Ausmaß" *erreicht, sagte Rau auf der Landes*konferenz der Jungsozialisten in Düsseldorf. Offensichtlich spielte Rau mit seinen Äußerungen auf die Richtungskämpfe seiner Partei um eine mögliche Zusammenarbeit mit den Grünen im kommenden Landtag an.

Während *einige Mitglieder der* Parteiführung eine Zusammenarbeit mit den Grünen favorisieren, waren in den vergangenen Monaten führende Vertreter des Gewerkschaftsflügels innerhalb der SPD im Falle des Verlustes der absoluten SPD-Mehrheit in *Nordrhein-Westfalen für eine Große* Koalition mit der CDU eingetreten. Ausdrücklich verbat sich Rau als SPD-Spitzenkandidat „laute Ratschläge in Sachen Koalition" und forderte die Genossen auf, das „koalitionsarithmetische Gehäkele" zu beenden. *Die* „politischen Botschaften und Inhalte" von Partei und Landesregierung seien angesichts der Koalitionsspekulationen völlig in den Hintergrund geraten, beklagte Rau.

Zuvor hatte der Landesvorsitzende der Jusos, Hahn-Cremer, der Landesregierung vorgeworfen, ihren Auftrag in der zu Ende gehenden Legislaturperiode trotz absoluter Mehrheit *„nicht eingelöst" zu haben. In Grund*satzfragen, als Beispiel nannte er die Medienpolitik, habe sich die Parteiführung „von einer Kompromißlinie zur anderen" ziehen lassen und dabei vor allem im Bereich der Jungwähler „ihre Glaubwürdigkeit verspielt".

„DDR" verzichtet auf feierliche Eröffnung

W. K. **Bonn**

Die „DDR" will die neue Autobahn-Verbindung zwischen dem hessisch-thüringischen Grenzkontroll*punkt Herleshausen und Eisenach* am 15. Dezember ohne Feiern in Betrieb nehmen. Dies teilte der für die Bundesrepublik Deutschland zuständige Abteilungsleiter im Ostberliner Außenministerium, Karl Seidel, dem Leiter der Ständigen Vertretung Bonns, Hans-Otto Bräutigam, mit. Glanzstück des Autobahnabschnittes, der Hessen mit Leipzig und Berlin verbindet, ist die Talbrücke über die Werra. Mit der Freigabe wird zugleich der „DDR"-Kontrollpunkt Wartha nach drei Jahrzehnten geschlossen. Die Abfertigung durch die „DDR"-Behörden erfolgt künftig am Autobahnkontrollpunkt Eisenach. *Offiziell nannte Bonn keine Gründe* für den Verzicht Ost-Berlins auf Feierlichkeiten. Inoffiziell hieß es jedoch, die „DDR" nehme Rücksicht auf die Sowjetunion.

Moskau soll Akte von Helsinki beachten

kie. **Bonn**

In einem Schreiben an den sowjetischen Staatspräsidenten Konstantin Tschernenko hat das deutsche Helsinki-Menschenrechtskomitee darauf hingewiesen, daß die Verfolgung von Helsinki-Gruppen in der UdSSR nicht mit den Verpflichtungen in Einklang zu bringen sei, die Moskau *mit der Unterzeichnung der Helsin*ki-Schlußakte 1975 eingegangen sei.

Dadurch entstehe ein Problem für die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik, schreiben die Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des deutschen Helsinki-Komitees, Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger und Werner Marx.

Geißler: Probleme nicht theologisieren

KNA, **Düsseldorf**

Der CDU-Generalsekretär Heiner *Geißler hat sich gegen eine ständige* „Theologisierung ganz normaler politischer Probleme" ausgesprochen. Vor einer Mitarbeiterkonferenz der rheinischen CDU in Düsseldorf betonte er, daß kirchliche Gruppen und christliche Initiativen mit einem solchen Politikverständnis „letztlich nichts anderes tun als der Ayatollah Khomeini in Iran". Gleichzeitig forderte Geißler die CDU Nordrhein-Westfalen auf, den bevorstehenden Landtagswahlkampf nicht „mit Schlagwörtern" zu bestreiten, sondern differenzierte Antworten zu geben. Wenn komplexe Themen wie die Friedensfrage, Arbeitslosigkeit und der Umweltschutz zur Diskussion stünden, verlangten gerade junge Menschen umfassende Antworten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Dohnanyi setzte sich mit Medienpolitik durch

Gemäßigte Sozialdemokraten bauten ihre Stellung aus

HERBERT SCHÜTTE, **Hamburg**

Mit breiter Rückendeckung seiner Partei kann Hamburgs Bürgermeister *Klaus von Dohnanyi in die näch*ste Verhandlungsrunde über den Medienstaatsvertrag der Länderchefs gehen. Der SPD-Landesparteitag am Wochenende bewies, daß die Truppen um Dohnanyis Hauptkontrahenten, den Bundestagsabgeord*neten Peter Paterna*, auf eine kleine Sympathisantenschar zusammengeschmolzen waren. Der linke Flügelmann der Hamburger SPD, der zuvor vollmundig verkündet hatte, der Parteitag werde die Bremerhavener Medienvereinbarung ablehnen, mußte die leidvolle Erfahrung machen, daß der Mitte-Rechts-Block bei den Delegierten des neuen Parteitags seine dominierende Stellung ausbauen konnte. Dohnanyi erhielt für sein Papier fast eine Dreiviertel-Mehrheit.

Der Parteitag forderte allerdings von den weiteren Verhandlungen Nachbesserungen, da die „bisherigen Verhandlungen der Ministerpräsidenten in wesentlichen Punkten sozialdemokratische Mindestforderungen nicht erfüllen". So soll das Vertragswerk besondere Kündigungsmöglichkeiten vorsehen, falls eine Einigung über eine Gebührenanpassung zum Termin 1987/88 nicht *erzielt* wird. Die Delegierten verlangten außerdem ein Verbot der Sponsorwerbung.

Bei der Debatte wurde der Gegensatz zwischen lupenrein sozialdemokratischen Glaubenssätzen in der Medienpolitik und der Notwendigkeit der Standortsicherung besonders deutlich. „Hamburg befindet sich unter einem einzigartigen Problemdruck, den kein anderes Bundesland hat", stellte der Landesvorstand in seinem Leitantrag fest. Denn in der Medienhauptstadt gibt es rund 30 000 Arbeitsplätze im Medienbereich mit einem Umsatzvolumen von jährlich 13 Milliarden Mark. Wenn Paterna die Bremerhavener Beschlüsse ein „abenteuerliches Ergebnis" nannte, hielt ihm der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Henning Voscherau, entgegen: „Was wird, wenn der Staatsvertrag nicht kommt und die CDU-Länder eine Ersatzregelung treffen? Dann steht Hamburg vor der harten Frage: ‚Friß Vogel oder stirb'."

Dohnanyi, Wortführer der SPD-*Länder* bei den Verhandlungen der Ministerpräsidenten, wies darauf hin, daß Hamburg Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre von 14 Fernsehsatelliten erreichbar sein werde. „Metternich konnte den ‚Hessischen Landboten' verbieten, die DDR kann *das Drucken von Büchern* verbieten", sagte der Bürgermeister, „aber wir können nicht das Eindringen von Fernsehwellen unterbinden."

Bei den Vorstandsneuwahlen wurde der bisherige Landesvorsitzende Ortwin Runde mit 211 von 354 Stimmen bestätigt, von den übrigen 21 Vorstandsmitgliedern gehören nur noch sieben dem linken Flügel an. Klaus von Dohnanyi, zur Halbzeit der Legislaturperiode unangefochten die beherrschende Figur des Parteitages, rechnete in einer Grundsatzrede vor allem mit den Grün-Alternativen ab: „Ich bin fest entschlossen, in den nächsten beiden Jahren die Verantwortungslosigkeit der grünen Politiker draußen deutlich zu demonstrieren", kündigte er an.

„Chancen für Berlin"

Diepgen und Apel zum Thema Deutschlandpolitik

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

In einer Veranstaltung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland" nahmen die beiden Berliner Spitzenkandidaten Eberhard Diepgen (CDU) und Hans Apel (SPD) eine insgesamt positive Beschreibung der deutsch-deutschen Verhandlungschancen und der Zukunft West-Berlins vor. Diepgen warnte davor, „bei jedem *Husten drüben*" gleich eine Änderung der Gesamtinteressenlage der „DDR" gegenüber dem Westen zu vermuten. Apel stellte eine „zunehmende West-Bindung" der Bundesrepublik fest, die er nachdrücklich begrüßte. Berlin werde „zunehmend" andere Funktionen bekommen, „wenn sich die Dinge zwischen Ost und West entkrampfen".

In dem Gespräch mit Journalisten, das nacheinander mit beiden Gästen geführt wurde, setzte sich Diepgen *abermals nachdrücklich für eine* „Politik des Pragmatismus" gegenüber der „DDR" ein. „Ich bleibe dabei, daß es manchmal wünschenswert wäre, wenn in der Deutschlandpolitik weniger geredet werden würde und auch das, was kurzfristig gemacht werden könnte, nicht im Vorfeld zu stark zerredet würde."

Unter Anspielung auf Thesen von Hans Apel über die deutsche Frage und andere Politiker-Äußerungen nannte es Diepgen „dümmlich", wenn *in* der Bundesrepublik über die Geraer Forderungen Honeckers oder Staatsbürgerschaftsfragen „kontraproduktiv" diskutiert werde: „Diese Themen waren beinahe weg."

Als „überflüssig und töricht" bezeichnete Diepgen auch die kürzlich von der Jungen Union in, wie er sagte, „dilettantischer Weise" von neuem begonnene Diskussion über die *Oder-Neiße-Grenze. Die* Äußerungen von Genscher und Kohl, es gebe keine territorialen Forderungen Bonns und es werde keine geben, seinen „völlig ausreichend".

Hans Apel warf seinen Kritikern vor, seine Äußerungen zur deutschen Frage „verfälscht" zu haben, indem sie das wichtige Wort „insofern" weggelassen hätten: „Ich bestreite weder den Wiedervereinigungsauftrag des Grundgesetzes noch das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung – die Verträge sind da ganz eindeutig –, aber es gibt eine Entwicklung, die der Lösung der deutschen Frage so, wie wir sie uns klassischerweise vorstellen, widerstrebt und entgegenläuft."

Apel verwies auf die erfreulich positive und allen kritischen Stimmen der Vergangenheit zuwiderlaufende Entwicklung West-Berlins. Das Engagement großer Unternehmen, wie Nixdorf zum Beispiel, mache ihm „große Hoffnung". Hochtechnologie allein genüge jedoch nicht, um die Stadt auf Dauer als ein „Leuchtfeuer" zu erhalten. Apel bekräftigte mit Blick auf die Wahlen wiederum: „Es wird keinen *Regierenden Bürgermei*ster Hans Apel mit den Stimmen der AL geben."

Chancen für Europäische Union vorerst noch gering

EVI KEIL, **Bonn**

Die nach mehr als elf Jahren wiederbelebte französisch-deutsche *Konferenz in Bad Godesberg* hat nach den Worten von Dr. Günther Diehl, dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, eine wichtige Funktion gehabt: Franzosen und Deutschen klarzumachen, wie wichtig es ist, „daß man keine falschen Signale austauscht".

Skeptisch zeigten sich Diehl und auch andere deutsche *Konferenzteil*nehmer am Ende der Tagung im Bad Godesberger Hotel Dreesen, ob es wirklich sinnvoll ist, schnell auf einen europäischen Einigungsprozeß zu dringen. Diehl: „Die Älteren von uns haben erlebt, wie die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den Bach heruntergegangen ist, und wir fragen uns, wenn wir einen neuen Vertrag über die Politische Union machen, würde der im Bundestag, in der Französischen Nationalversammlung, im englischen Parlament eine Mehrheit finden? Die Antwort bleibt offen, und das ist etwas, was man ernst nehmen muß. Wenn es nämlich zum Schwur kommt und die Parlamente ratifizieren nicht, dann gibt es einen wirklichen Rückschlag."

Ausrichter der jetzt wiederbelebten Konferenz waren das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und sein Direktor *Professor Karl Kaiser und der Direk*tor des Deutsch-Französischen Instituts Ludwigsburg mit Robert Picht und auf französischer Seite die CIRAC, das „Centre d'Information et *de Recherche sur l'Allemagne Con*temporaine" mit Generalsekretär René Lasserre und die IFRI, das „Institut Français pour les Relations Internationales" mit seinem Direktor Thierry de Montbrial.

Zu den Teilnehmern aus Paris gehörten aber auch der frühere Generalsekretär des Quai d'Orsay und einer der Unterhändler bei der Saar-Frage Jean-Marie Soutou und aus dem Planungsstab des Verteidigungsministeriums Pierre de Bruchard.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes, sagte gegenüber der WELT zu der Frage der Machbarkeit einer Politischen Union: „Die Chancen, daß der Vorschlag des Europäischen Parlaments für eine Europäische Union, so wie der Text heute ist, durchgeht, sind ziemlich gering. Vielleicht ist die Chance im Deutschen Bundestag am stärksten."

Eine gewisse Skepsis zu diesem Thema ließ auch der frühere deutsche Botschafter in Paris, Axel Herbst, durchblicken. Herbst: „Wenn man sich erinnert, daß 1972 der Europäische Rat unter Vorsitz des damaligen französischen Präsidenten Georges Pompidou beschlossen hat, die Union bis zum Ende der siebziger Jahre zu realisieren, sieht man aber auch, wie langsam die europäischen Mühlen mahlen. Es ist überhaupt eine Frage, ob eine solche Union das beste Vehikel ist. Es gibt in der Europäischen Gemeinschaft zur Zeit ganz große Probleme, die allen auf den Nägeln brennen, so die Verwirklichung eines echten Gemeinsamen Marktes."

In Sri Lanka wütet der Terror

Colombo klagt Neu-Delhi an / Die Tamilen fordern einen eigenen Staat

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Der Feind kommt von Indien, in Booten übers Meer. So sehen es die ceylonesischen Sicherheitsbehörden, die seit Freitag gegen eine Welle tamilischen Terrorismus in der Nordprovinz der indischen Nachbarinsel Sri Lanka anzukämpfen haben. Mehr als 140 Tote haben nach offiziellen ceylonesischen Angaben die Überfälle jener Tamilen-Terroristen gefordert, die nach Ansicht Colombos im indischen Bundesstaat Tamil Nadu nicht nur Unterschlupf, sondern auch Training erhalten, um dann per Fischerboot die Palk-Straße Richtung Ceylon zu überqueren.

In *dem* bisher *schwersten* Anschlag seit den Unruhen im Juni vergangenen Jahres hatten am Wochenende tamilisch-separatistische Terroristen in Sri Lankas Nordprovinz zwei große landwirtschaftliche Anwesen angegriffen und mindestens 60 Menschen getötet. Die meisten von ihnen waren frühere Strafgefangene, die dort mit ihren Familien lebten. Die Terroristen waren mit bisher unbekannter Brutalität vorgegangen. In den frühen Morgenstunden stürmten sie eine der Farmen, trieben die Menschen in einem leerstehenden Gebäude zusammen und sprengten dieses dann in die Luft. Gleichzeitig stürmte eine zweite Gruppe die acht Kilometer entfernte andere Farm und tötete dort mindestens 20 Bauern.

Die Sicherheitsbehörden Sri Lankas, die unmittelbar nach dem Terrorakt den Angreifern ein erbittertes Gefecht lieferten und dabei mindestens 30 von ihnen erschossen, vermuten in der Greueltat den Auftakt zu einer ganzen Serie neuer Terrorangriffe und Mordanschläge gegen Regierungseinrichtungen, Polizeistationen und Zivilisten. Militär und ceylonesischer Küstenschutz haben in einer Präventiv-Maßnahme in der Palk-Straße 18 indische Fischerboote angegriffen, die illegal in ceylonesisches Hoheitsgebiet eingedrungen waren. Angeblich hätten sich auf diesen Booten Terroristen aus Tamil Nadu auf dem Weg in Ceylons Nordprovinz befunden. Zehn Menschen wurden bei dem Angriff getötet, die übrigen konnten sich auf ihren Schiffen zurück in indisches Gewässer retten.

Die ceylonesischen Behörden hatten offenbar schon Anfang vergangener Woche Hinweise auf neue Anschläge von Terrorgruppen erhalten. Am Donnerstag hatten sie die Schaffung eines Niemandslandes entlang der Nordküste Sri Lankas angeordnet und die Bewohner des Küstenstreifens „in ihrem eigenen Interesse" zum Verlassen ihrer Häuser und zur Umsiedlung ins Landesinnere aufgefordert. Zusammen mit der „Seeüberwachungszone" sollte diese Maßnahme den Behörden den Schutz der Insel vor Eindringlingen aus Indien erleichtern. Nach einem weiteren Überfall der tamilischen Terroristen rollt nun ein Flüchtlingsstrom von Senghalesen aus dem Norden in das Landesinnere Sri Lankas. Die Regierung verhängte eine Ausgangssperre über das Unruhegebiet und verstärkte den Truppeneinstz.

Der Terrorismus in Sri Lankas Norden ist neu aufgeflammt, nachdem in den letzten Wochen deutlich wurde, daß alle politischen Bemühungen um eine Lösung des ethnischen Konfliktes zwischen den tamilischen Minderheits- und der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung fehlgeschlagen waren. Die seit mehr als einem Jahr andauernden Allparteiengespräche zwischen der „Tamil United Liberation Front" (TULF), welche die 2,5 Millionen auf Sri Lanka lebenden Tamilen repräsentiert, den singhalesischen Mehrheitsparteien und der Regierung Jayawardene, hatten keine nennenswerten Annäherungen gebracht. Die TULF verlor das Vertrauen der tamilischen Bevölkerung, die Terroristen-Gruppen unter der Tamilen-Bevölkerung, die sich mehr *und mehr marxistisches* Gedankengut aneigneten, gewannen an Zulauf, vor allem unter den Jugendlichen. Während Präsident Jayawardene den Tamilen in Regionalparlamenten mehr Autonomie und Mitspracherecht sowie Gelder für infrastrukturelle Maßnahmen zusagte, fordern die Terroristen-Gruppen nach wie vor einen eigenen Tamilen-Staat. Das ist für Jayawardene nicht akzeptabel.

Die Unruhen am Wochenende haben das Verhältnis zwischen Sri Lanka und Indien, das in der Vergangenheit versucht hatte, politisch zwischen Tamilen und Singhalesen zu vermitteln, schwer belastet. Die Behauptungen Colombos, im indischen Tamil Nadu werde eine Invasion Sri Lankas durch Terroristen vorbereitet, hat Neu-Delhi aufs schärfste zurückgewiesen. Sie entbehrten jeder Grundlage und würden eine „Kriegspsychose" auf Sri Lanka verursachen.

Paris strebt für Neukaledonien Autonomie an

HEINZ WEISSENBERGER, Paris

Die Lage auf der französischen Übersee-Insel Neukaledonien im Pazifik, 20 000 km vom Mutterland entfernt, war auch am Sonntag äußerst gespannt, und man befürchtete in Frankreich weiterhin bewaffnete Zusammenstöße mit der kanakischen Rebellenbewegung FLNKS (Sozialistische Kanakische Befreiungsfront), die bereits drei Todesopfer gefordert hatten. Die Regierung in Paris hielt am Sonnabend ihre erste Sondersitzung seit der Machtübernahme der Sozialisten im Mai 1981 ab. Thema: die Situation auf Neukaledonien. Es wurde beschlossen, den bisherigen Brüsseler EG-Kommissar Edgard Pisani als Sonderbeauftragten mit weitgehenden Vollmachten nach Neukaledonien zu entsenden.

Pisani soll in der neukaledonischen Hauptstadt Noumea mit sämtlichen beteiligten Parteien innerhalb der nächsten zwei Monate die Herbeiführung der Autonomie des französischen Territoriums aushandeln. Von den 140 000 Einwohnern Neukaledoniens sind 40 Prozent Melanesier, die sich „Kanaken" nennen, 37 Prozent Europäer, die „Caldoches", und der Rest Asiaten und Zuwanderer von anderen Pazifikinseln.

Kurz nach der Ministerratssitzung empfing Staatspräsident Mitterrand im Elysée-Palast den Chef der rechtmäßigen Territorialregierung von Noumea, Dick Ukeiwe, der für das Verbleiben Neukaledoniens im französischen Staatsverband plädiert. Der der gaullistischen Partei RPR nahestehende Ukeiwe war nach den *kürzlichen Wahlen für eine neue* Territorialversammlung ernannt worden. Bei diesen Wahlen errang die gaullistische Bewegung Ukeiwes die absolute Mehrheit. Die marxistische, von dem libyschen Revolutionär Khadhafi finanzierte Unabhängigkeitsbewegung hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen und Tausende von Kanaken mit Gewalt daran gehindert, zu den Urnen zu gehen. Kurz nachdem Ukeiwe in Paris mit Mitterrand gesprochen hatte, steckten Angehörige der Rebellenbewegung sein Haus in Neukaledonien in Brand. Das Gebäude brannte völlig aus.

Die FLNKS rief am Wochenende eine „vorläufige Unabhängigkeitsregierung" auf der Insel aus, ohne daß die inzwischen auf 1400 Mann verstärkten Polizei- und Gendarmeriestreitkräfte eingriffen. Die Mitglieder der illegalen „vorläufigen Regierung" dürfen sich frei auf der Insel bewegen, und der Sitz der „Regierung" erhielt auf Anordnung der Behörden in Paris sogar Polizeischutz. Die Sozialistische Regierung in Paris hatte ursprünglich für 1989 eine Volksabstimmung über die Zukunft der Insel vorgesehen. Nach dem Fiasko der Territorialwahlen für die Sozialisten entschloß sich Paris jedoch, den „Autonomie-Prozeß" zu beschleunigen, was durchaus auf die Unabhängigkeit hinauslaufen könne. (SAD)

„Wir müssen die Wunden heilen"

WELT-Gespräch mit Herbert Blaize, Favorit der heutigen Wahlen auf Grenada

WERNER THOMAS, St. George's

Der ältere Herr ist siegessicher. „Wir werden es schaffen", sagt er, „das sehe ich nicht anders. Die Alternative wäre das Chaos – und das kennt dieses Volk zu gut." Herbert Blaize will heute ein vertrautes Amt zurückgewinnen, das des Regierungschefs von Grenada. Der ehemalige Premier (1962 bis 1967) und seine „Neue Nationalpartei" gelten als Favoriten der Wahlen.

Wir treffen Blaize im Mitchell Guest House, einer einfachen Pension, die ihm als Unterkunft bei seinen Aufenthalten in St. George's dient. Er wohnt auf Carriacou, der nördlichen Nachbarinsel, die zu Grenada gehört. Da wurde er auch vor 66 Jahren geboren. Wir sitzen auf der Holzveranda zusammen und unterhalten uns über die Vergangenheit und Zukunft dieser kleinen Nation. Das Gespräch wird oft durch Telefonate unterbrochen. Einmal ruft James Mitchell an, der Premierminister von St. Vincent. „Ein alter Freund", sagt Blaize. Auch die Premiers von Barbados und St. Lucia zählen zu seinem Freundeskreis, Tom Adams und John Compton.

„Wir müssen die Wunden heilen", betont Blaize und erinnert an die bewegte Vergangenheit Grenadas: die Jahre des rechten Premiers Eric Gairy, der mit einer Schlägertruppe regierte, der „Mongoose Gang". Die linke Diktatur des Marxisten Maurice Bishop. Die Ermordung Bishops und mehr als 100 seiner Anhänger durch noch radikalere Parteigenossen. „Die Leute stehen noch unter einem Schock", erläutert Blaize. „Sie fühlen sich verraten, mißbraucht." Deshalb werde sich eine von ihm geführte Regierung besonders darum bemühen „Vertrauen zu schaffen".

Mit Gairy, seinem schärfsten politischen Rivalen seit Jahrzehnten, unterhält Blaize keine Kontakte. „Wir haben uns nichts zu sagen." Er warnt davor, von einem „neuen" Gairy zu sprechen, der geläutert und gemäßigt sei. „Dieser Mann und seine Umgebung ändern sich nie." Eine „Hexenjagd" werde stattfinden, wenn Gairys „Vereinigte Labour-Partei von Grenada" diese Wahlen gewinne.

Von der „Patriotischen Bewegung Maurice Bishop", dem politischen Sammelbecken der Bishop-Gemeinde, hält Blaize genausowenig. „Sie will die alten Verhältnisse wiederherstellen." Er glaubt, daß die Marxisten nur auf eine Rückkehr Gairys an die Macht warten. „Dann können sie ihre Waffen ausgraben und Grenada würde ein Bürgerkrieg drohen."

Herbert Blaize befürchtet „Sicherheitsprobleme", trotz der ruhigen Situation seit der Rettungsaktion der amerikanischen und karibischen Truppen im Oktober vergangenen Jahres: „Es gibt noch genug Extremisten." Dennoch wünscht er sich keine Armee für Grenada. „Ein Land mit 110 000 Menschen braucht keine Streitkräfte." Eine gut ausgebildete Polizei reiche. Die Briten bilden zur Zeit Polizisten aus. Wenn der eigene Sicherheitsapparat stehe, könnten die fremden Truppen (632 Mann) abgezogen werden. Seine Schätzungen: nächstes Jahr.

Der Jurist, der die politisch inaktive Periode der Bishop-Ära als Anwalt überbrückte, interessiert sich für die Wirtschaft. „Ich muß mich dafür interessieren, weil uns auf diesem Gebiet eine weitere große Herausforderung erwartet." Blaize zählt auf: „Die Lebenshaltungskosten und die Steuern sind zu hoch. 30 Prozent der Bevölkerung haben keine Arbeit. Die Infrastruktur bricht zusammen, schauen sie sich nur unsere (mit Schlaglöcher übersäten) Straßen an. Der Tourismus muß angekurbelt werden." Eine tatkräftige Hilfe des Auslandes sei notwendig. In diesem Zusammenhang denkt Blaize auch an die Deutschen und die anderen Europäer. „Die EG sollte sich stärker engagieren. Grenada ist schließlich ein Modell für die Demokratie."

Herbert Blaize, ein großer, schlanker Mann mit Hornbrille, leidet an Arthritis und den Folgen eines schweren Verkehrsunfalls. Er geht am Stock und kann nicht lange stehen. Es hat bessere Wahlredner gegeben als ihn. George Brizan beispielsweise, 41, einen Pädagogen, den politischen Erben der gemäßigt-konservativen Neuen Nationalpartei.

Dennoch wirkt Blaize geistig noch frisch und strahlt souveräne Gelassenheit aus. Pausenlose Telefonate, in der Nachbarschaft toben Kinder, ständig fragen Mitarbeiter um Rat und Anweisungen – nie verliert er den Faden des Gesprächs. „Ich kann mich entspannen", berichtet er, „das ist sehr wichtig. Ich bin ein leidenschaftlicher Leser." Er liest gern Kriminalromane und – als gläubiger Anglikaner – „das wichtigste Buch von allen, die Bibel". (SAD)

Viele Buren wenden sich von Botha ab

Anzeichen für einen Rechtsruck in der weißen Bevölkerung / Das Beispiel Primrose

M. GERMANI, Johannesburg

Das Ergebnis der Parlamentsnachwahlen in Südafrika in drei Wahlkreisen am Kap und einem weißen Arbeitervorort von Johannesburg, Primrose, ist für die Reformpolitik von Präsident Pieter Willem Botha nach Ansicht politischer Beobachter ein schwerer Rückschlag. Primrose zum Beispiel zeigte besonders deutlich, daß die Nationale Partei Bothas gerade in der Industrieprovinz des Transvaal wesentlichen Anhang eingebüßt hat. Noch 1981 betrug ihre Mehrheit dort 4399 Stimmen. Sie ist in dieser Woche auf 478 Stimmen drastisch reduziert worden, obwohl der Präsident selbst unter voller Ausnutzung des seiner Partei zur Verfügung stehenden Medienapparates der afrikaansen Zeitungen und des staatlichen Rundfunks und Fernsehens aktiv in diesen Wahlkampf eingriff.

In einer Zeit wirtschaftlicher Flaute und steigender Arbeitslosigkeit unter den Weißen, von Fachleuten als die größte Krise seit 1910 bezeichnet, wurde der Streit um den Pensionsausgleich des neuen Staatspräsidenten in Höhe von fast 600 000 Mark zum Wahlkampfthema. Botha, der noch zu Beginn seiner Premier-Amtsperiode 1978 seinen Anhängern eine „saubere" Regierung und den Abbau des Beamtenapparates versprochen hatte, mußte sich nun die Vorwürfe aus Bevölkerung, Industrie und Wirtschaft über ein Anschwellen der Verwaltungskosten und über Finanzskandale gefallen lassen.

Hinzu kommt, daß die traditionell konservative Wählerschaft in den weißen Arbeiterkreisen und bei den Farmern ein Jahr nach dem Referendum über die neue Verfassung und Einführung des Parlaments für Kap-Farbige und Inder keine Fortschritte der gemischtrassigen Regierung erkennen kann. Professor Willem Kleynhans, ein führender südafrikanischer *Politologe, erklärte* gegenüber der WELT, daß gerade diese Bevölkerungsschicht eine Beherrschung durch die schwarze Mehrheit am meisten fürchte und somit einen massiven Umschwung von 22,5 Prozent zugunsten der Konservativen Partei verursacht hätte. Die Politik der Apartheid könnte nach 36 Jahren einer nationalen Regierung nicht plötzlich im Bewußtsein der Bevölkerung ausgelöscht werden. Das Wahlergebnis symbolisiere einen scharfen Rechtsruck innerhalb der burischen Bevölkerung, die die Regierung theoretisch zur Ausschreibung von Neuwahlen veranlassen müßte. Allerdings, so Kleynhans, habe die Konservative Partei (CP), die sich erst 1982 von den Nationalen abgespaltet hatte, bisher noch keine ausreichende Parteiorganisation aufbauen können, um einen landesweiten Wahlkampf erfolgreich zu bestehen.

Die Konservativen haben sich bisher auf den Transvaal konzentriert, die industriell und wirtschaftlich stärkste Provinz des Landes und Hochburg der Regierungspartei. Bei allgemeinen Neuwahlen würden die *Konservativen voraussichtlich den* Platz der jetzigen Opposition einnehmen und die liberale „Progressive Partei" ins linke Abseits drängen. Deshalb ist die Führung der Konservativen außerordentlich zufrieden über das Wahlergebnis und blickt optimistisch in die Zukunft. Allerdings bezweifelt sie, daß Botha gerade jetzt Neuwahlen ausschreiben wird.

Hussein drängt Kairo zu Initiativen

Spekulationen nach dem PLO-Kongreß in Amman / Gefahren aus Damaskus

PETER M. RANKE, Kairo

König Hussein von Jordanien, der sich zum ersten Mal seit sieben Jahren wieder in Kairo aufhält, ist am Sonntag zu einem zweiten Gespräch mit Präsident Mubarak im Oruba-Palast zusammengetroffen. Im Mittelpunkt des Treffens steht angeblich eine „Friedensinitiative" König Husseins, für die er Mubarak gewinnen will. Der ägyptische Präsident selbst hatte bei seinen Besuchen in Paris und Bonn Ende Oktober die europäischen Staaten zu einer neuen „Friedensinitiative" gemahnt, ohne jedoch eigene Vorstellungen und Pläne vorzulegen.

Angeblich stimmen Hussein und Mubarak darin überein, daß bei etwaigen Verhandlungen Jordanien und Palästinenser teilnehmen müssen. Beide wissen, daß die Einbeziehung von Vertretern der PLO am Widerstand der Israelis und Amerikaner scheitern würde. Also sucht man offenbar nach einer neuen Formel, ohne jedoch die PLO auszuschließen. Hussein will die Ägypter auch davon überzeugen, mit mehr Elan als bisher eine von den Sowjets befürwortete internationale Nahost-Konferenz der UNO zu unterstützen.

Jordanien und Ägypten sind im Golfkrieg Bundesgenossen Iraks. Jetzt aber schon von einer „Achse der Gemäßigten" mit der PLO von Yassir Arafat zu sprechen, wie es in ausländischen Berichten heißt, ist Spekulation. Denn König Hussein ist durch den Verlauf und das magere Ergebnis des PLO-Treffens in Amman letzte Woche keineswegs ermuntert worden. Der König selbst und die PLO lehnen ein Verhandlungsmandat für Jordanien ab. Außerdem verweigert die PLO die von Hussein empfohlene Anerkennung der UNO-Resolution 242, eine Grundlage der Friedensabmachungen von Camp David .

Ein Eingehen Mubaraks auf arabische Forderungen nach einem PLO-Staat, wie er in dem arabischen Fes-Plan von 1982 erwähnt wird, würde ein Abgehen von der in Camp David niedergelegten vollen Autonomie für die Palästinenser in den seit 1967 besetzten Gebieten und damit eine klare Abkehr Ägyptens vom Friedensvertrag mit Israel bedeuten. Vor allem amerikanische Diplomaten in Kairo glauben, daß Mubarak nicht so weit gehen wird, Camp David „umzudeuten" und der vereinbarten Autonomie offiziell abzuschwören. Die amerikanische Diplomatie drängt Mubarak vielmehr, endlich wieder den Gesprächsfaden mit Israel aufzunehmen und zu den Autonomie-Verhandlungen zurückzukehren.

In den letzten Wochen wurden viermal Katjuscha-Raketen von jordanischem Boden aus auf israelische Gebiete abgeschossen. Der PLO-Kongreß in Amman hatte wieder eine „Verstärkung des bewaffneten Kampfes" gegen Israel gefordert. König Hussein hat auch deshalb um Rückenstärkung in Kairo gebeten. *Wie die israelische Regierung sieht* er die Gefahr, von neuem von den Terrorgruppen der PLO umarmt zu werden. Mit Hilfe der syrischen Regierung wurde in Damaskus bereits eine „nationale Front" aus Exil-Jordaniern und PLO-Rebellen gebildet, die König Hussein beseitigen und ein national-demokratisches Regime in Amman errichten soll. (SAD)

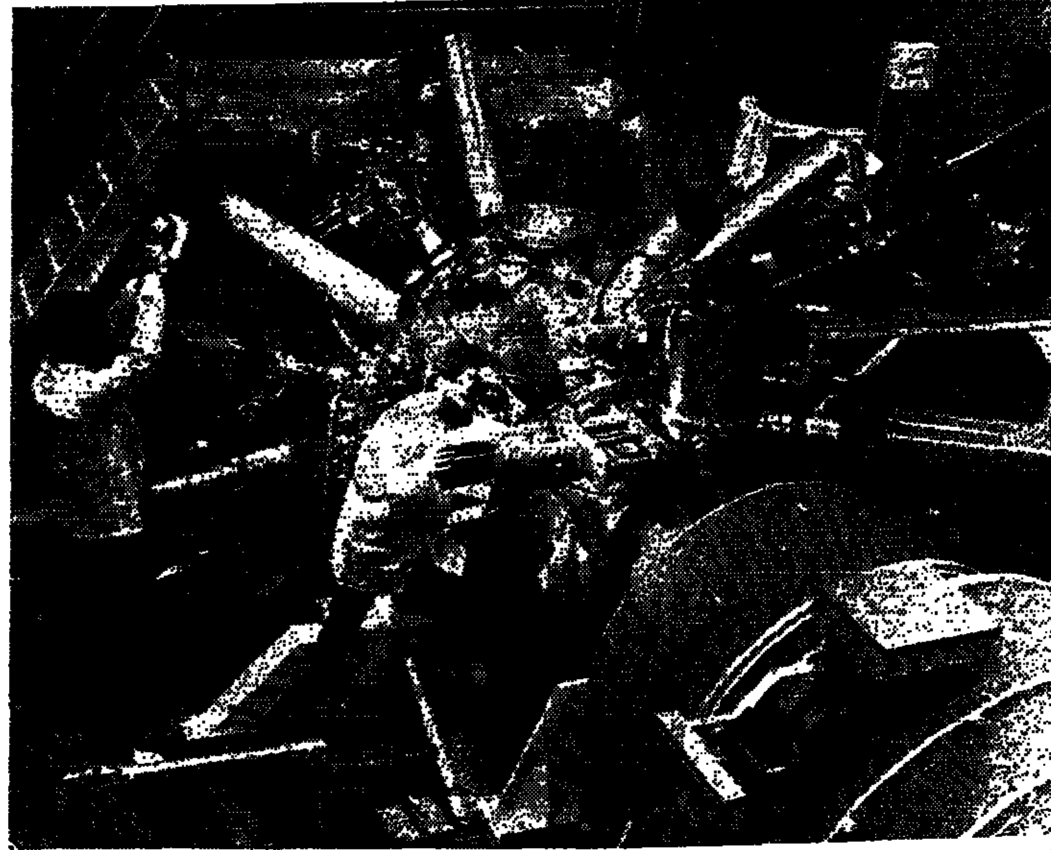


Edward Teller (76), der in Ungarn geboren wurde und in Deutschland studiert hat, war maßgeblich an der Entwicklung der H-Bombe beteiligt. Er gilt als der Mann, der den zündenden Funken für Präsident Reagans Entscheidung geliefert hat. FOTO: DPA

Die Vereinigten Staaten sollen nach dem Willen von Präsident Reagan mehrere hundert Milliarden Dollar aufwenden, um einen militärischen Schutzschirm völlig neuer Art zu entwickeln. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sollen Weltraumwaffen bereitstehen, die in der Lage sind, aufsteigende Feindraketen schon wenige Minuten nach dem Start zu zerstören. Können die USA das Projekt mit Erfolg verwirklichen, wären sie militärisch unangreifbar: Sieg der Sterne statt „Krieg der Sterne".

Amerika spielt seinen Trumpf aus – die Technologie

Von ADALBERT BÄRWOLF



„Novette", der mächtigste Laser der Welt, hat in der winzigen Zeitspanne von 450 Billionstel Sekunden eine Leistung von 5 Billionen Watt – das ist in dieser kurzen Zeit das Zehnfache der gesamten amerikanischen Kraftwerkskapazität. FOTO: LAWRENCE LIVERMORE LABORATORY

Der Energiepuls währt nur 450 Picosekunden. Aus dem mächtigsten Laser der Welt zuckt ein hellgrüner Lichtblitz auf der Wellenlänge 5340 Angström. Die Leistung von fünf Billionen Watt ist in der winzigen Zeitspanne von 450 Billionstel Sekunden so groß wie die der gesamten amerikanischen Kraftwerkskapazität. Der grüne Lichtblitz von „Novette" im kalifornischen Lawrence Livermore, Atomwaffenlaboratorium hinter den Weinbergen der Wente Brothers, trifft das Schwarze einer Zielscheibe im Format einer Briefmarke. Das Ziel ist ein dünner Folienstreifen aus dem Metall Yttrium.

150 Picosekunden: Das eisengraue Metall erreicht eine Temperatur von zehn Millionen Grad. Das sind Verhältnisse von Temperaturen und Drücken, wie sie nur im Inneren von Sternen oder in explodierenden Atombomben vorkommen. Explosionsartig verdampft das Metall. Es entsteht ein energiereiches Gemisch „hochangeregter" Atomrümpfe und Elektronen: ein Plasma.

Kleiner als ein Atom

250 Picosekunden: Spontan regt sich ein angeregtes Atom ab. Es gibt seine Energie in Form eines Lichtphotons mit genau der Wellenlänge 155 Angström als Röntgenstrahlung ab. Dieses Photon „stößt" seine Nachbarn, die anderen Atome an, stimuliert sie im Jargon der Atomphysiker. Schlagartig geben jetzt alle Atome ihre Energie ab. Das ist das Phänomen der Lichtverstärkung durch Strahlungsanregung. Das unsichtbare Licht wird vielhundertfach verstärkt. In einem komplexen quantenphysikalischen Vorgang zuckt ein konzentrierter Röntgenblitz auf ganz genau einer Wellenlänge und in einer Richtung auf.

200 Picosekunden später ist alles vorbei. Dichte und Temperatur sind jetzt für den Lasereffekt mit Röntgenstrahlung zu niedrig.

Zum ersten Mal ist im Herbst 1984 eine beträchtliche Verstärkung der kürzesten Laser-Wellen-Länge erzielt worden, die je in einem Laboratorium erreicht werden konnte. Enorme Perspektiven deuten sich an. Ein Röntgenstrahlen-Laser könnte dreidimensionale Fotos biologischer Molekularsysteme schießen. Gelänge es, Licht noch kürzerer Wellenlängen monochromatisch und kohärent als parallele Strahlung zu manipulieren, Wellenlängen, die kleiner sind als die Dimensionen eines Atoms, dann gelänge über die Laser-Mikroholografie der dreidimensionale Blick in die lebende Zelle auf subatomarer Ebene. Krebsforschung und Altersforschung würden revolutioniert.

Wo Edward Teller arbeitet

Doch es ist nicht die Aufgabe der Physiker des Atomwaffen-Laboratoriums von Livermore, Krebs- und Altersforschung zu betreiben. Hier werden Kernfusionsbomben, Neutronenbomben und nukleargepumpte Laser konstruiert. Hier arbeitet Edward Teller, heute Mitte siebzig, der aus Ungarn stammende und in Deutschland als Student aufgewachsene Atomphysiker, der wesentlich zur Konstruktion der amerikanischen Wasserstoffbombe beigetragen hat. Und hier arbeitet der junge Physiker Peter Hagelstein.

Hagelstein (30) entwickelte die komplizierte Atomtheorie für den nichtnuklearen Röntgenstrahlen-Laser, wie er jetzt mit dem Einsatz von „Novette" verwirklicht werden konnte. Doch das Hauptprojekt Hagelsteins und der anderen jungen Physiker der Gruppe O von Livermore ist der nukleargepumpte Röntgenstrahlen-Laser, der „X-Ray-Laser". Er soll die offensiven ballistischen Atomraketen der Sowjetunion ausschalten. Dieses Projekt ist Teil der „Strategischen Verteidigungsinitiative" (Strategic Defense Initiative, SDI) Präsident Reagans.

In einem kühnen Fünf-Jahres-Programm und mit Ausgaben von rund 26 Milliarden Dollar will der Präsident bei strikter Einhaltung der bestehenden Ost-West-Verträge technologisch demonstrieren lassen, daß Kanonen, die mit Licht, hochenergiereichen Partikeln oder elektromagnetisch beschleunigten Projektilen schießen, im Weltraum andere Objekte treffen und vernichten können. Die im übergeordneten Interesse der amerikanischen Sicherheit geplanten Demonstrationen sind freilich nur möglich, wenn sich Amerika nicht mit dem Bleigewicht eines Vertrages belastet, der die Erprobung von Anti-Satellitenwaffen ausschließt.

Der ABM-Vertrag von 1972 untersagt die Erprobung anti-ballistischer Systeme im Luftraum und im Weltraum. Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit geschlossen, kann aber mit einer Frist von sechs Monaten aufgekündigt werden. Nukleargepumpte Laser können selbstverständlich nur in unterirdischen Versuchen erprobt werden. Der Pumpmechanismus ist eine Atombombe, die als Massenvernichtungswaffe nicht im Weltraum stationiert werden darf.

Zwanzig Monate nach der aufsehenerregenden „Star Wars"-Rede Ronald Reagans vom 23. März 1983 schält sich die technologische Strategie heraus, mit der Amerika das Ziel verwirklichen könnte, nach Ausgabe mehrerer hundert Milliarden Dollar um das Jahr 2000 herum Weltraumwaffen zur Abwehr der nuklearen Fernraketen Moskaus operationell zur Verfügung zu haben.

Es handelt sich dabei um Projekte, über denen nicht nur der Schleier der Geheimhaltung hängt, sondern die bisher auch als „Unmöglichkeit" abgestempelt worden sind. Auch der mächtigste Mann der Erde kann Energiegesetze und optische Gesetze so wenig ändern wie die Gesetze der Himmelsmechanik. So scheint es heute noch eine Unmöglichkeit zu sein, völlig überraschend startende Salven sowjetischer Interkontinentalraketen in der Größenordnung von mehr als eintausend Geschossen in den ersten 300 Sekunden vor dem Brennschluß der Raketen und vor dem Ausstoßen der nuklearen Multi-



gefechtsköpfe mit einem lichtgeschwinden Strahlenblitz über mehrere tausend Kilometer Entfernung zu vernichten.

Doch die Geschichte der Technik hat gezeigt, daß es kein „Unmöglich" gibt. Nie werde das Atom gespalten, hieß es. Hahn und Straßmann erbrachten in Berlin den Nachweis der Kernspaltung. Nie werde ein Mensch lebend seinen Fuß auf den Mond setzen, warnten Raumflugmediziner. Armstrong und Aldrin ließen für immer ihre Spuren im Meer der Ruhe zurück. Nie werde die Schallmauer durchstoßen werden! Chuck Yeager, der Held in Tom Wolfes „The Right Stuff", erzählt jedem, der es genau wissen möchte, wie er es machte. Nie werde ein mit 17facher Schallgeschwindigkeit heranrasender Gefechtskopf einer Interkontinentalrakete von einer Gegenrakete direkt getroffen werden! Im Pazifik liegen seit diesem Sommer die Trümmer der Offensivwaffe. Und niemals werde kohärentes Licht erzeugt werden, Licht, dessen Wellen im Gleichschritt marschieren. Ted Maiman entlockte einem blaßroten Rubin vor 24 Jahren die stimulierte Strahlung.

So wird auch heute das Projekt der „Strategischen Verteidigungsinitiative" Präsident Reagans mit der Ablehnung und den Zweifeln einiger nicht unbedeutender Wissenschaftler beschwert. Doch andere, besessen von dem Plan, mit revolutionären Mitteln der Defensive die nuklearen Gefechtsköpfe der Offensive auf den Schrotthaufen der Waffentechnik zu befördern, halten das scheinbar Unmögliche für möglich. Sie sind davon überzeugt, daß ihre wirkliche Grenze nur ihre eigene Phantasie ist.

Sie sind auch davon überzeugt, daß am Ende der größten technologischen Schlacht, die, bei Einsatz aller Mittel, in den Laboratorien und auf den Prüfständen der beiden mächtigsten Nationen der Erde tobt, Amerika als Sieger hervorgehen wird. Und wäre ein Korrespondent der „Prawda" am 26. Oktober in der schäbigen Baracke 219 außerhalb der Stacheldrahtverhaue der Geheimlaboratorien von Livermore zugegen gewesen, als Wissenschaftler des nichtnuklearen Röntgenstrahl-Laser-Projektes auf einer Pressekonferenz ihre Ergebnisse bekanntgaben, dann hätte der Sowjetjournalist gewußt, warum sich Amerika eine Chance ausrechnet, den „technologischen Krieg" zu gewinnen. Auf die Frage eines Korrespondenten, warum denn ausgerechnet in Livermore und nicht woanders auf der Erde diese kürzeste bisher erreichte Laserfrequenz erzielt worden sei, antwortete der Experimental-Physiker Dennis Matthews (36), der maßgeblich an der Entwicklung des „X-Ray-Lasers" beteiligt ist: „Vielleicht deshalb, weil wir die besseren Instrumente haben."

Der Forscher hatte mit seiner Bemerkung den Nagel auf den Kopf getroffen. Amerika spielt seine Trumpfkarte der Technologie aus. Die Ultra-Technologie wird zum politischen Machtinstrument.

Das Kronjuwel der USA

Amerika ist den Russen auf fast allen Sektoren, die schließlich Strahlenwaffen ausmachen, um Jahre voraus: Supercomputer, Software, Datenverarbeitung, optische Systeme, Sensoren, Mikroelektronik, Robotik, künstliche Intelligenz, Telekommunikation, Miniaturisierung, Lenkung, Avionik oder Trägheitsnavigation.

Eine beispiellose Grundlagenforschung mit einem Budget von 54 Milliarden Dollar im Finanzjahr 1985 sichert den Vorsprung. Selbst wenn es den Sowjets gelänge, als erste eine klobige Strahlenwaffen-Kanone in eine Orbitalbahn zu schleppen und dort zu testen, hätten sie keine Chance, die USA zu schlagen – so wie sie keine Chance hatten, als erste einen Menschen auf dem Mond zu landen und ihn wieder sicher zur Erde zurückzubringen, obgleich Moskaus Raketenleute den Mond vor den Amerikanern getroffen hatten! Sie hätten keine Chance, weil sie das System-Management und das „Battle-Management" nicht wie die Amerikaner aus dem Ärmel schütteln. Die Russen und auch wir Deutsche haben nicht einmal eine äquivalente Übersetzung für diese beiden Begriffe. Die Ultra-Technologie ist allein Amerikas Kronjuwel.

Sputnik flog vor Explorer. Die erste ballistische Fernrakete mit interkontinentaler Reichweite hieß nicht Atlas aus San Diego – sie hatte einen roten Stern auf der blanken Aluminiumhaut. Und die Überschall-Verkehrsmaschine Tupolew-144 flog vor der Concorde!

Glänzende Theoretiker

Die Sowjetunion hat glänzende Theoretiker wie die Physik-Nobelpreisträger Nikolai Bassow und Alexander Prochorow, die mit ihrer quantenphysikalischen Arbeit mit die Grundlagen für den Laser geschaffen haben. Doch sie konnten den ersten Laser der Welt nicht bauen. Der erste Laser steht bei Ted Maiman im mondänen kalifornischen Yachthafen von Marina del Rey.

Die sowjetischen Theoretiker A. V. Winogradow und I. I. Sobelman vom Lebedew-Institut in Moskau zählten zu den ersten Röntgenstrahl-Laser-Forschern. Doch „Novette", der mächtigste Laser der Welt, mit dem jetzt die kürzesten Laser-Wellenlängen erreicht wurden, steht im kalifornischen Livermore. Die Amerikaner haben tatsächlich die etwas besseren Instrumente!

Präsident Reagan hat die amerikanische Forschung aufgerufen, fast ein technologisches Wunder zu vollbringen und mit der Macht der Technik dem nuklearen Terror ein Ende zu bereiten. Die Ultra-Technologie ist Amerikas größter Schatz. Sie könnte auf dem Brettspiel der Strategie den scheinbar unmöglichen Zug ermöglichen: Schach den roten Raketen! Es wird kein „Krieg der Sterne" werden. Es wird ein Sieg der Sterne ...

Technologisches Lexikon: Von Angström bis Yttrium

Angström: Die für Wellenlängen übliche Maßeinheit. Ein Angström = ein zehnmillionstel Millimeter.

Atomrümpfe: Atome, die Elektronen verloren haben.

Gammastrahlen: Die Initialstrahlung einer nuklearen Explosion besteht hauptsächlich aus extrem kurz-welligen Gammastrahlen, die physikalisch mit Röntgenstrahlen (X-Rays) identisch sind.

Holografie: Dreidimensionale Fotografie.

Kohärentes Licht: Licht, das im Gleichtakt schwingt.

Laser: „Light amplification by stimulated emission of radiation". Lichtverstärkung durch Strahlungsanregung einer anderen Strahlenquelle.

Nuklear-gepumpter Laser: Die Strahlungsenergie einer Atomexplosion ist der „Pumpmechanismus" für den „X-Ray-Laser".

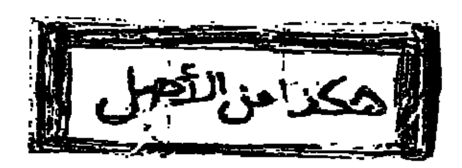
Photon: Kleinstes Energieteilchen elektromagnetischer Strahlung.

Picosekunde: Eine billionstel Sekunde.

„X-Rays": Amerikanische Bezeichnung für Röntgenstrahlen. Licht mit einer Wellenlänge zwischen 100 und 1/100 eines Angström.

Yttrium: Metall mit 39 Elektronen.

Am Dienstag in der WELT
Die Schwalben von Capistrano – Chemische Laser, elektrische Laser, „X-Ray-Laser" – Wieviele Geschosse durchlöchern den Schirm? – Acht technische Probleme von der Größenordnung der ersten Mondlandung



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Genscher und die Grenze

„Grenze nicht antasten"; WELT vom 24. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Genscher fühlt sich bemüßigt, erneut zu bekräftigen, daß die polnischen Grenzen weder „heute noch morgen noch übermorgen von uns angetastet" werden sollten und daß der Warschauer Vertrag den „Teufelskreis von Unrecht und Wiederunrecht durchbrochen" hätte. Nun weiß der Bundesaußenminister *mit oder ohne Wende* selbst am besten, daß der Warschauer Vertrag keinerlei Übertragung von Gebieten und Souveränitätsrechten vorsieht und daß letztlich der Zustand von 1945 mit den grundlegenden Bestimmungen von Potsdam in keiner Weise beeinträchtigt wird. Die deutsch-polnischen Grenzen werden also erst in einem zukünftigen Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland festgelegt. Es erscheint äußerst vermessen zu sein, der Entscheidung des gesamtdeutschen Souveräns in dieser Weise vorgreifen zu wollen.

Für welche Art deutsch-polnische Grenzen setzt sich Herr Genscher eigentlich so vehement ein? Diese 1945 gezogenen Grenzlinien sind das Ergebnis machtpolitisch bedingter, expansionistischer und chauvinistischer Ambitionen von Sowjets und Polen und vom Wunsch der Siegermächte gekennzeichnet, durch den Verlust eines Viertels des alten Reichsgebietes Deutschland nachhaltig zu verkleinern und zu schwächen. Wegen der Vertreibung der angestammten Bevölkerung sind sie ein besonders abstoßendes Beispiel von Landraub in der europäischen Geschichte überhaupt. Ausgerechnet solche Grenzen sollen die Grundlage bilden für Versöhnung und Frieden zwischen dem deutschen und polnischen Volk?

Als Minister sollte Herr Genscher doch in besonderer Weise dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verpflichtet sein. Um so mehr verwundert es, wie leichtfertig er mit dem Selbstbestimmungsrecht der Ostpreußen, Pommern und Schlesier umspringt, die doch unbestritten Teil des deutschen Volkes sind. Es ist im übrigen nur ein kleiner Schritt von dem Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Ostdeutschen hin zum Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Mitteldeutschen – natürlich alles „um des lieben Friedens willen". Mit dieser Formel läßt sich letztlich alles begründen, der Verzicht auf die Einheit der Nation wie am Ende auch der Verzicht auf Freiheit und Menschenrechte. Ist das die Aufgabe des deutschen Außenministers?

Vielleicht sollten unsere sich so groß dünkenden Außenpolitiker eine Zeitlang im japanischen Außenministerium hospitieren. Aus Gründen nationaler Selbstachtung ist man dort nicht bereit, der Sowjetunion die endgültige Inbesitznahme der vier Kurilen-Inseln zuzugestehen, sondern hat statt dessen kürzlich einen „Gedenktag der nördlichen Territorien" eingeführt, um die Nation ständig an diesen Unrechtstatbestand zu erinnern. So kann man auch Politik machen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. S. Pelz,
Großhansdorf

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Kaltschnäuzigkeit, mit der der Bundesminister des Äußeren und mit ihm manch anderer Vertreter der kleinen und großen Politik deutsches Land ostwärts von Oder und Neiße an die dort herrschende Besatzungsmacht verhökern wollen, ist kaum mehr zu überbieten.

Der gesunde Menschenverstand begreift es nicht: Der, der auf seinen (deutschen) Nachbarn einschlägt, wo sich eine Gelegenheit dazu bietet, wird vom Mißhandelten gestreichelt. – Im Leben des kleinen Mannes wäre ein solch irrationales Verhalten ein Fall für den Psychiater.

Apropos Genscher: Die Vorwände, die ihn veranlassen, statt deutscher polnische Außenpolitik zu betreiben, sind unrichtig. Erstens: Polens „sichere Grenzen" liegen nicht an Oder und Neiße, sondern viel weiter westlich. Originalton Radio Polonia am 15. 7. 84, Interview mit dem Sejm-Abgeordneten Srzyndzielorz: „... einer der Abgeordneten, ich glaube es war Jan Stefanowicz, er wurde auch von anderen unterstützt, behauptete, daß unsere Sicherheitsgrenze ... das erste Mal in der Geschichte unseres Landes ganz anders gesehen werden kann, und zwar, daß die sicherheitspolitischen Grenzen Polens nicht mit den geographischen identisch sind, denn die eigentliche sicherheitspolitische Grenze Polens sind die Elbe und die Werra ..." – Man sieht, die Phantasie Genschers und die Gedanken seiner polnischen Freunde sind nicht deckungsgleich.

Zweitens: Durch die Rede, der Warschauer Vertrag habe den „Teufelskreis von Unrecht und Wiederunrecht" durchbrochen, wird, da die Behauptung durch ständige Wiederholung auch nicht richtiger wird, in infamer Weise suggeriert, bei Nichtanerkennung einer deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße müßten die Polen, die sich in Ostdeutschland niedergelassen haben, Vertreibung befürchten.

In erster Linie von den deutschen Heimatvertriebenen ist aber mit Nachdruck und ständig darauf hingewiesen worden, daß das, was die polnische Seite den Ostdeutschen antat, sich niemals, dann womöglich in umgekehrter Richtung, wiederholen dürfe. Wegen der Frage eines etwa entstandenen Heimatrechts oder des Wohnsitzes von Polen in Ostdeutschland aber muß keineswegs die fortbestehende, wenn derzeit auch ruhende, Souveränität Deutschlands in diesen Gebieten in Frage gestellt werden.

Mit freundlichem Gruß
H. Franzky,
Rottendorf

Hilfe für Polen

Entgegen anderslautenden Meldungen, die vor geraumer Zeit auch in Ihrer Zeitung zu lesen waren, haben sich die Zollbestimmungen der VR Polen nicht geändert. Auch müssen Pakete unter einem Wert von 150 000 Zloty (ca. 750 DM) jährlich pro Person nicht versteuert werden.

Solche Meldungen über einschneidende Beschränkungen bezüglich des Empfangs westlicher Geschenksendungen sind womöglich dazu angetan, hiesige Bürger vom weiteren Versand von Geschenkpaketen nach Polen abzuhalten.

Wenn sich auch die Versorgungslage in Polen während der letzten ein bis zwei Jahre leicht gebessert hat, gibt es noch immer erhebliche Defizite, z. B. in der Versorgung mit gewissen Textilien. Am nötigsten werden derzeit in Polen Unterwäsche aller Art (insbesondere Baumwollsachen) benötigt, Kinderkleidung, Winterschuhe, Tee und Kaffee.

Im Sinne einer tatsächlichen deutsch-polnischen Aussöhnung wäre es von großer Wichtigkeit, die Paketsendungen – resp. Hilfstransporte – nach Polen fortzusetzen, unter besonderer Berücksichtigung der oben genannten Artikel. Diejenigen, die mit Umsicht und Takt bisher solche Pakete zusammengestellt und verschickt haben, werden wissen, auf wieviel Dankbarkeit und Wärme sie dabei bei ihren polnischen Adressaten stoßen.

Hingegen sind Paketsendungen zumindest an die besonders bedürftigen Angehörigen politischer Häftlinge in der Sowjetunion nicht mehr möglich, nachdem der Versand von im Westen vorverzollten Paketen seitens der UdSSR in diesem Jahr eingestellt wurde.

Über Hilfsmöglichkeiten Polen und die UdSSR betreffend, kann die Gesellschaft Kontinent e. V. (Langer Grabenweg 1, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/37 38 42 bzw. 37 57 01) Auskunft geben.

Cornelia I. Gerstenmaier,
Gesellschaft Kontinent e. V.

Hilfsanerbieten

„Hier wird niemand hinausgedrängt oder hinausgeredet"; WELT vom 23. November

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels lag der Bundesregierung – anders als in dem Beitrag behauptet – unsere schon zum zweiten Mal unterbreitete Bitte, die Zufluchtsuchenden aus der DDR in den deutschen Botschaften in Prag, Warschau, Budapest und Bukarest beraten zu dürfen, sehr wohl vor.

Erstmalig war diese Bitte bereits Anfang Oktober an das Auswärtige Amt gelangt. Es bedurfte dort allerdings dreimaliger Nachfrage, bis wir von der Weigerung der Bundesregierung erfuhren, den Zufluchtsuchenden eine solche Beratung zu ermöglichen oder sie auch nur über unser Angebot zu informieren. Jetzt liegt diese Bitte dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vor.

Tatsache ist, daß die Bundesregierung sich bis heute weigert, den Zufluchtsuchenden einen Text mit einem Hilfsanerbieten unsererseits zur Kenntnis zu geben oder einen unabhängigen Rechtsanwalt mit diesen Menschen sprechen zu lassen.

Solche Bevormundung haben diese Menschen nicht verdient. Die Zufluchtsuchenden sind selbständig und entschlossen genug, um selbst entscheiden zu können, zu wem sie Kontakt haben wollen. Daß wir dabei das aus DDR-Deutung sich ergebende strafrechtliche Risiko im Falle einer Rückkehr in die DDR kennen, weiß die Bundesregierung ebenso, wie sie von unserer Absicht weiß, den Hinweis auf derartige Risiken zu einem Bestandteil unserer Beratung der Zufluchtsuchenden zu machen.

Zudem vermissen wir sowohl in den Stellungnahmen der Bundesregierung als auch in dem Bericht der WELT einen Hinweis auf die Fälle, in denen Menschen eine Straffreiheitszusage von der DDR gegeben wurde, sie dann aber trotzdem in der DDR verhaftet wurden. Hunderte von Besuchern der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin wurden Opfer eines solchen Wortbruchs; noch im Frühjahr dieses Jahres verließen sich auch Deutsche aus der DDR in der deutschen Botschaft in Budapest auf eine solche Straffreiheitszusage. Sie wurden noch am Tag ihrer „vorläufigen Rückkehr" in die DDR verhaftet und zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Daß im übrigen die Bedingungen für eine Lösung dieser Problematik „ausgereizt" seien, mag für den Aufgabenbereich des Staatssekretärs Rehlinger zutreffen – für die ganze Bundesregierung stimmt das aber sicher nicht. So steht zum Beispiel eine Anwendung des sich aus dem KSZE-Prozeß ergebenden Instrumentariums immer noch aus. Durch die Einberufung einer KSZE-Sondersitzung zu dieser Frage ließen sich noch ganz andere Lösungsmöglichkeiten „ausreizen". Hier aber ist wiederum das Auswärtige Amt gefragt.

Jörn Ziegler, Vorstandssprecher
Internationale Gesellschaft für Menschenrechte,
Deutsche Sektion e. V.,
Frankfurt a. M.

Wort des Tages

» Es gibt kaum ein beglückenderes Gefühl, als zu spüren, daß man für andere Menschen etwas sein kann. Dabei kommt es gar nicht auf die Zahl, sondern auf die Intensität an. Schließlich sind eben die menschlichen Beziehungen doch einfach das Wichtigste im Leben; daran kann auch der moderne ‚Leistungsmensch' nichts ändern, aber auch nicht die Halbgötter oder die Irrsinnigen, die von menschlichen Beziehungen nichts wissen. «

Dietrich Bonhoeffer; deutscher Theologe (1906–1945)

Personalien

GEBURTSTAG

Sein Markenzeichen ist Bescheidenheit und Akkuratesse, zwei Eigenschaften, die gerade bei Journalisten geschätzt werden. Heute vollendet **Herbert Schütte**, Korrespondent der WELT in Hamburg, sein 60. Lebensjahr. Politiker, Spitzenvertreter der Wirtschaft, der Institutionen des öffentlichen Lebens und viele Kollegen haben sich angesagt, um ihm zu gratulieren und alles Gute für die weitere Tätigkeit zu wünschen. Herbert Schütte hat Hamburgs Weg in den fast vier Jahrzehnten seit Kriegsende begleitet, stand an der Seite von sechs Bürgermeistern als Berichterstatter großer, guter wie schrecklicher Tage im Leben der Hansestadt, begleitete ihren Aufstieg aus Schutt und Trümmern. Obwohl Herbert Schütte in der preußischen Nachbarstadt Altona geboren wurde, gilt sein Engagement dem Wohl und Wehe der Metropole, die gerade in jüngerer Zeit manches von ihrem Glanz und von ihrer Güte verloren hat. Die beruflichen Stationen Herbert Schüttes konzentrierten sich auf Hamburg und Norddeutschland: Volontariat bei der „Niederdeutschen Zeitung" in Hamburg, erste Redakteursjahre bei der „Hamburger Freien Presse", zwei Jahre bei der Oldenburger „Nordwest-Zeitung" und 1959 Eintritt in das Verlagshaus Axel Springer in Hamburg, bis 1961 bei der „Bild"-Zeitung. Seither arbeitet Herbert Schütte für die WELT, wo er vor seiner Korrespondententätigkeit unter anderem stellvertretender Lokalchef war.

EHRUNG

Kommandeur **Francy Cachelin**, der von 1979 bis zum April 1984 die Heilsarmee in der Bundesrepublik leitete und jetzt in Großbritannien arbeitet, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Die Ordensinsignien wird Cachelin vom deutschen Botschafter in London erhalten.



VERANSTALTUNG

Dr. Werner Marx (links), der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, gehörte zu den zahlreichen Gästen, die dem jugoslawischen Botschafterehepaar **Mirjana** und **Dragutin Rozmann** (rechts), ihre Glückwünsche zum Nationalfeiertag aussprachen. Im Namen der Bundesregierung gratulierte der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**. Ehepaar Rozmann hieß auch den Protokollchef der Bundesregierung, **Werner Graf von der Schulenburg**, herzlich willkommen und **Liselotte Funcke**, die Ausländerbeauftragte der Regierung. Unter den Gästen waren der Apostolische Nuntius **Erzbischof Joseph Uhac**, der sowjetische Botschafter **Wladimir Semjonow** und sein Gesandter **Wladislaw Terechow**, der britische Botschafter **Julian Bullard**, Japans Botschafter **Hiromichi Miyazaki**, der niederländische Botschafter **Kaspar W. Reinink**, der Botschafter von Uruguay, **Werner Bergengruen**, der österreichische Botschafter **Willibald Pahr** und der Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn, **Ewald Moldt**. FOTO: EVI KEIL

„In den Gefängnissen herrscht der Terror"

Mitteldeutsche berichten über die Lage in „DDR"-Zuchthäusern

WERNER KAHL, Lippstadt

„Nachts stürmten Männer in Zivil in die Backstube, verrenkten mir die Arme auf dem Rücken und drohten, bei Widerstand werde geschossen. Meine Mutter, vom Lärm aufgeschreckt, kam in die Backstube, wurde zurückgedrängt, und als sie nicht zurückwich, an den Haaren gepackt und gegen die Tür gedrängt. Ich riß mich los, um ihr zu helfen. Daraufhin schlugen mich fünf Mann zusammen."

So schilderte am Wochenende bei einer Anhörung ehemaliger politischer Häftlinge vor der Menschenrechtsorganisation „Hilferufe von drüben" in Lippstadt (Westfalen) ein Thüringer Bäckergeselle seine Verhaftung durch den „DDR"-Staatssicherheitsdienst. Bei den Verhören seien Stromstöße durch die Handschellen gejagt worden, sagte er aus.

Nach fast sechsmonatigen Verhören sei er wegen „landesverräterischer Tätigkeit" zu drei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt worden. Die Anklage stützte sich auf den Kontakt des Bäckers zu der Organisation „Hilferufe von drüben", die er in einem Brief um Zusendung einer Schrift über Bürgerrechte gebeten hatte.

Im Zeugenstand berichteten ehemalige Offiziere der „Nationalen Volksarmee" (NVA), Arbeiter und der frühere Ärztliche Direktor des „DDR"-Kreises Ebersbach, Friedrich Wilhelm Koch, über erschütternde Zustände in den „DDR"-Zuchthäusern. Unter den Zuhörern war – erstmals seit Bestehen von „Hilferufe von drüben" – ein Vertreter der Bundesregierung, der Parlamentarische Staatssekretär im Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU). Das Zentralorgan der Ostberliner Einheitspartei „Neues Deutschland" hatte am 16. November dieses Jahres Hennigs Besorgnis über Mißhandlungen in „DDR"-Strafanstalten noch als „reine Erfindung" zurückgewiesen. Dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen warf das Organ unter anderem vor, „Schauermärchen über die DDR" zu verbreiten.

Zeugnis des Leidens

Die Häftlinge, die 1983/84 aus mitteldeutschen Zuchthäusern freigekauft werden konnten – in diesem Jahr bereits rund 2000 – und sich in Lippstadt vorstellten, legten allerdings beredtes Zeugnis des Leidens und der Qualen ab.

Der Arzt Friedrich Wilhelm Koch, der zu solidarischen Bekundungen mit polnischen Arbeitern aufgerufen hatte, wurde deshalb in Cottbus und Bautzen inhaftiert. „Dort herrscht ein System der Willkür mit physischem und psychischem Terror", sagte der 52jährige Mediziner. Unter den Mißhandlungen hob er besonders Schläge in Dunkelzellen, ferner Kälte-Arrest, bei dem den Häftling die Furcht beschleicht, während des Schlafes zu erfrieren, und die Verweigerung von Flüssigkeit hervor. „Zu dem äußeren Schmutz der Zuchthäuser kommt die innere Verwahrlosung", sagte Koch weiter.

„Das System fördert Korruption und Bespitzelung mit dem Ziel, den Häftling seelisch so zu beschädigen, daß am Ende der Verlust der Persönlichkeit steht." Es werde auch versucht, Häftlinge in Abhängigkeit von Psychopharmaka zu bringen. Die meisten Mediziner, die in Zuchthäusern arbeiteten, verstünden sich in erster Linie als Funktionäre des Staates und erst danach als Ärzte.

Januskopf der Medizin

„Die Praxis der sozialistischen Medizin ist ein Spiegelbild des Sozialismus, januskopfig, voller Haß und Verachtung für den Menschen", betonte Koch, der drüben auf eine 25jährige Tätigkeit als Chefarzt zurückblicken konnte, bevor er verhaftet wurde.

Ein ehemaliger Offizier, der wegen Fluchtversuchs acht Jahre Zuchthaus verbüßen mußte, nannte zahlreiche Namen von „Schlägern" im Zuchthaus Brandenburg. „Da schlug nicht einer auf uns ein, sondern sie kamen zu dritt und zielten auf die schmerzhaftesten und empfindlichsten Körperstellen, zum Beispiel auf die Nierenpartien", sagte Michael K. Aufseher habe er darauf hingewiesen, daß Brandenburg in der Nazi-Diktatur bereits ein Zuchthaus für politische Gefangene war, in dem auch Erich Honecker inhaftiert war. „Denken Sie ja nicht, daß die politischen Gefangenen heute aus schlechterem Holz geschnitzt sind, als die von 1933", habe er ihnen vorgehalten.

Die ehemaligen politischen Häftlinge, die in Lippstadt zusammenkamen, forderten die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien auf, die Beschreibung der Zustände in den „DDR"-Strafanstalten und die Lage der derzeit circa 400 000 Ausreiseantragsteller im „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland" des Bundeskanzlers vor dem Bundestag aufzunehmen.

Ferner soll ein Weißbuch über die Haftsituation bei der UN-Menschenrechtskommission vorgelegt werden. Die Bundesregierung sollte mit der Regierung in Ost-Berlin darüber verhandeln, daß Mißhandlungen und Folterungen in den Zuchthäusern unterbunden werden.

Insgesamt sei es wohl zweckmäßig, so die Meinung der ehemaligen politischen Gefangenen, einen Beauftragten für Menschenrechtsverletzungen im anderen Teil Deutschlands in das Bundeskanzleramt zu berufen.

Leinens Abrechnungen kamen nur schleppend

Wie die frühere Koalition BBU-Projekte förderte

DETLEV AHLERS, Bonn

Aus Unterlagen des Forschungsministeriums geht hervor, daß der Vorsitzende des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)", Josef Leinen, die Abrechnung für staatliche Zuschüsse in Höhe von 105 000 Mark schleppend vorgelegt und so ungenau abgefaßt hat, daß sie an den Rechnungshof zur Überprüfung weitergeleitet wurden. Es geht um Projekte, die von 1979 bis 1982 im Rahmen des „Bürgerdialogs Kernenergie" mit insgesamt 24,2 Millionen Mark gefördert wurden.

Nach mehreren Mahnungen zahlte Leinen im vergangenen Monat mehr als 3500 Mark nicht abgerechneter Zuschüsse für eine „Wanderausstellung Energiepolitik" an das Bundesministerium zurück. Für diese Wanderausstellung erhielt der BBU 1980 insgesamt 80 000 Mark Zuschuß. Leinen schrieb im Antrag: „Die Orientierung unserer Bevölkerung zu einem energiebewußten und besonnenen Verhalten ist eine politische wie auch eine pädagogische Aufgabe ... Diese Ausstellung wäre eine Kombination von ca. 30 Anschauungstafeln und verschiedenen Ausstellungsgegenständen." Die Experten im Ministerium lehnten die Förderung wegen fachlicher Unzulänglichkeit ab, aber auch, „weil die Energiediskussion ohnehin unter dem Verdacht verdeckter Wahlkampffinanzierung (steht) ... Ist nicht anzunehmen, daß der BBU die Grünen unterstützen würde?"

Erst ein Gespräch Leinens mit dem damaligen Minister Volker Hauff ermöglichte die Förderung; die Zahlung wurde am 11. November überwiesen. Die ersten unzureichenden Verwendungsnachweise gingen im September und Dezember 1981 ein.

Die „Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF)", vertreten durch Leinen, stellte 1981 einen Antrag auf Förderung eines Kongresses in Bochum über „die Rolle der Kohle". Minister Andreas von Bülow bewilligte 25 000 Mark (beantragt waren 25 050 Mark). Leinen quittierte für den Kongreß im Oktober 1981 einen Eigenbeleg von 2500 Mark für „inhaltliche und organisatorische Vorbereitungen" und sich selbst 780 Mark für ein Referat, während die anderen Referenten 300 Mark erhielten. An Reisekosten machte Leinen 430 Mark geltend. Eine Schlußrechnung über 21 220 Mark (ohne Belege) legte er im Juli 1982 vor. Im März 1983 schrieb er an das Ministerium: „Da sich mehrere Organisationen an diesem Kongreß beteiligt haben, fehlen noch einige Belege." Das bisher letzte Mal wurden sie im Oktober 1984 angemahnt.

Kurz nach dem Regierungswechsel im Oktober 1982 beschloß der Haushaltsausschuß einstimmig, daß die Öffentlichkeitsarbeit des Forschungsministeriums keine Mittel mehr für solche Projekte parteipolitisch gebundener Kernkraftgegner vergibt.

Bonn verspricht Konzept gegen Rüstungs-Spionage

Regierung vom möglichen Ausmaß des Rotsch-Verrats betroffen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die laxe Handhabung staatlicher Sicherheitsüberprüfung in Wirtschaftsunternehmen hat offenkundig dazu beigetragen, daß der Spionagefall Rotsch viel schwerer wiegt als bislang öffentlich bekannt. Nicht der Zugang des früheren stellvertretenden Hauptabteilungsleiters beim Münchener Unternehmen MBB, Manfred Rotsch, zum Flugzeugprojekt „Tornado" macht den Fall nach Aussagen von Bonner Parlamentariern so gewichtig, sondern dessen Beschäftigung mit Zukunftsentwicklungen in der Waffentechnik. Der CDU-Verteidigungsexperte Wimmer bestätigte der WELT, daß Rotsch Zugang zu allen wesentlichen Rüstungstechnologien hatte, für die in dem Münchener Unternehmen geforscht und entwickelt werde.

Im einzelnen berichteten darüber der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Schlecht, und Generalbundesanwalt Rebmann letzte Woche vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestages. Danach war Rotsch für ein MBB-Projekt mit der Bezeichnung „Vebal-Syndrom" verantwortlich. Dahinter verbirgt sich ein System, mit dem Kampfflugzeuge beim Überfliegen von Räumen, in denen Panzeransammlungen vermutet werden, die Gefechtsfahrzeuge mit Hilfe verschiedener Sensoren automatisch aufspüren und zerstören. Die Waffe ist dem Vernehmen nach bereits erfolgreich getestet worden. Die Fachleute rechnen damit, daß Rotsch Informationen über dieses System wie auch über andere, zu denen er bei MBB Zugang hatte, an die Sowjetunion verraten hat.

Dazu zählen alle MBB-Projekte über die sogenannten Abstandswaffen, die von Flugzeugen weit vor den zu bekämpfenden Zielen unter Vermeidung der Flugabwehr ausgelöst werden, die sogenannte CCV-Technik, mit der Flugzeuge mit Computerhilfe in ihrer Fluglage stabilisiert werden, sowie die „Stealth"-Technologie. Sie soll helfen, Flugzeuge für die gegnerische Radarüberwachung unsichtbar zu machen. Außerdem soll sich Rotsch, wie im Verteidigungsausschuß bekannt wurde, auch Informationen über die Entwicklungsarbeiten am europäischen Jagdflugzeug für die neunziger Jahre beschafft haben.

Offensichtlich sind die Bonner Regierungsstellen vom Ausmaß des möglichen Verratsumfangs selbst derart betroffen, daß sie den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses mit großem Nachdruck versprachen, schon in wenigen Wochen ein Konzept vorzulegen, das derartige Schwachstellen in deutschen Wirtschaftsunternehmen, die für die Rüstung der Bundeswehr arbeiten, nachhaltig beseitigen soll. Besonders bemüht sich darum das Bonner Wirtschaftsministerium.

Bangemann: Koalition ist über 1987 hinaus angelegt

● Fortsetzung von Seite 1

nicht nur um die Frage, gelingt es uns, die Konjunktur zu stabilisieren, beseitigen wir die Arbeitslosigkeit, und halten wir den Grundsatz des Freihandels in den Außenwirtschaftsbeziehungen durch. Sondern der Angriff der Illiberalen richtet sich heute ja ganz gezielt und gewollt auf die Wirtschaftsordnung. Sie wollen auch gerade durch die Überziehung bei ökologischen Forderungen das Marktwirtschaftssystem aus den Angeln heben, weil sie wissen, daß damit nicht nur ein Stück Freiheit im Bereich der Wirtschaft, sondern die Freiheit überhaupt verlorengeht. Marktwirtschaft ist ohne eine demokratische freiheitliche Ordnung nicht möglich."

Auf die Frage, wo die Ursachen für die jetzige Krise der FDP zu sehen seien, antwortete Bangemann, zum einen habe sie „das erleiden müssen, was jede Partei erleiden muß, die lange Regierungspartei ist. Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem, was man sich in Reinheit der Parteiprogramme vorstellt, und dem, was in einer Regierung durchzusetzen ist. Diese Diskrepanz ist natürlich dann besonders groß, wenn nicht nur die Differenz zwischen Programm und Realität zu verarbeiten ist, sondern wenn man in einer Koalitionsregierung auch noch den einen oder anderen Abstrich machen muß, weil man seine Politik beim Koalitionspartner nicht durchsetzen kann." Es komme hinzu, „daß die FDP vor zwei Jahren eine politische Aufgabe zu bewältigen hatte, die von großer Bedeutung nicht nur für sie, sondern für das ganze Land ist, nämlich eine neue Politik möglich zu machen". Dieser Regierungswechsel hat „einerseits eine Wende in der Haushalts- und Finanzpolitik bedeutet, aber auch ein Manöver, bei dem die Partei selber in ziemliche Unruhe und Aufregung versetzt worden ist. Die Schwere dieser Aufgabe wirkt sicher noch nach. Die Partei ist noch nicht vollends zur Ruhe gekommen", sagte Bangemann.

Auf die Frage, mit welchem Kurs die FDP politisch überleben könne, antwortete Bangemann, die FDP müsse erkennen, daß sie die einzige Partei sei, „die liberale Politik vertreten kann". Das sei keine „Selbstüberheblichkeit", sondern die Rolle, die der FDP zufalle. Diese Notwendigkeit werde von den Wählern häufig stärker gesehen. Er hoffe, daß dann ein „Stück Selbstbewußtsein auf die Partei selber zurückstrahlen wird". Zum „Kernbestand liberaler Politik" gehöre die „Verteidigung von Individualität", die „Garantie dafür, daß man sich in einem gesellschaftlichen und politischen System befindet, das offen bleibt, das entwicklungsfähig ist". Bangemann: „Dieses System darf aber nicht von den Füßen auf den Kopf gestellt werden. Das heißt: Reform statt Umsturz und letztlich die Möglichkeit, daß wir in einem politischen System leben können, in dem Rationalität wenigstens ein Element der Entscheidung bleibt. Wir müssen das verhindern, was Eschenburg mit Recht Stimmungsdemokratie genannt hat. Eine liberale Partei muß immer ein Element von Rationalität, von Ruhe und von Besonnenheit sein."

Neben der Garantie der marktwirtschaftlichen Ordnung werde es auch die Aufgabe der FDP sein, die „Auseinandersetzung um moderne Technologie" aufzunehmen. Bangemann: „Wer moderne Technologie nicht nutzen will, tritt den Weg zurück in die Vergangenheit an." Vielmehr müßten die Herausforderungen, die sich mit der Nutzung moderner Technologie stellten, bewältigt werden. Zum Beispiel die ethische Grenzziehung in der Gentechnologie. Die FDP werde auch den ökologischen Ansatz der Marktwirtschaft mehr als bisher aufgreifen, also die Auseinandersetzung mit den Grünen suchen, die das jetzige freiheitliche System ersetzen wollten durch ein „moralisches Zwangssystem". Erschreckend sei für ihn, so sagte Bangemann, daß „die Grünen allen denjenigen, die eine andere Ansicht haben, ein schlechtes Gewissen machen wollen. Den Angriff auf den Leistungsgedanken verbinden sie mit der Behauptung, alle, die in unserer Gesellschaft etwas leisten, seien in Wahrheit Ausbeuter und Unmenschen". Bangemann: „Diesem konzentrierten Angriff von kollektivistischen Moralvorstellungen zu widerstehen, dazu braucht man die Koalition insgesamt."

In El Salvador zu Weihnachten keine Waffenruhe

SAD, San Salvador

Die zweite Gesprächsrunde in El Salvador zwischen der Regierung Duarte und den marxistischen Rebellen endete enttäuschend. Es konnte nicht einmal ein Waffenstillstand für die Weihnachtstage arrangiert werden. Statt dessen soll der Straßenverkehr zwei Wochen nicht behindert werden. Ein drittes Treffen ist vorgesehen. Duartes Programm zielt auf eine Integration der Rebellenbewegung in den demokratischen Prozeß. Er bot eine Amnestie und politische Garantien an, wenn die Rebellen den Kampf einstellen. Eine Teilung der Macht lehnte Duarte ab.

Die Rebellen verlangen die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen, den Abzug der US-Militärberater und Einstellung aller Waffenimporte. Außerdem fordern sie Teilung der Macht, Reorganisierung der Streitkräfte unter Berücksichtigung der Rebellentruppen, Ahndung von Menschenrechtsvergehen, eine neue Verfassung und Wahlen.

Ostblock-Minister tagen in Ost-Berlin

AP, Berlin

Die Außenminister der sieben Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes kommen heute nachmittag zu einer Sitzung in Ost-Berlin zusammen. Dem Vernehmen nach wird das Treffen, das als „turnusmäßige Tagung des Komitees der Außenminister" für Anfang Dezember offiziell angekündigt worden war, voraussichtlich bis morgen dauern. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen vermutlich die Ost-West-Beziehungen im Hinblick auf das für Januar geplante Gespräch zwischen US-Außenminister George Shultz und seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko sowie eine gemeinsame Strategie für die neuen Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Schwacher Protest gegen die NATO

gö. Madrid

Die seit Monaten mit gewaltigem Propaganda-Aufwand angekündigte Anti-NATO-Manifestation in Madrid hatte gestern nur eine schwache Beteiligung aufzuweisen. Nachdem vor zwei Wochen rund 600 000 Spanier gegen die Schulpolitik der sozialistischen Regierungen protestierten und eine Woche später 100 00 Demonstranten des Generals Franco gedachten, folgten am Sonntag nur etwa 60 000 Menschen den Aufrufen der Kommunisten und anderer Gruppen gegen die weitere NATO-Mitgliedschaft Spaniens. (SAD)

